

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die 6 gepalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Zuerst die Pflicht!

Seine Pflicht erkennen und tun, das ist die Hauptsache. (Friedrich der Große.)

Wie kann man sich selbst erkennen? Durch Betrachten allein niemals, wohl aber durch Handeln. Versuche deine Pflicht zu tun und du weißt gleich, was an dir ist! Was aber ist deine Pflicht? Die Forderung des Tages. (Goethe.)

Zue zuerst deine Pflicht, dann such' Erholung und Ruhe. Zue das Schwerste zuerst, dann wird dir das Leichteste nicht schwer sein. Und nicht horch' auf die Stimme der Aufschub erheischenden Trägheit.

Schaffen und Streben ist Gottes Gebot, Arbeit ist Leben, Nichtstun ist Tod.

Am Ende deiner Bahn ist gut Zufriedenheit; Doch, wer am Anfang ist zufrieden, kommt nicht weit. (Rückert.)

Nach der Reichstagswahl.

Im deutschen Volke ist soeben ein Ringen beendet worden, wie es seit dem mehr als vierzigjährigen Bestehen des Deutschen Reiches noch selten beobachtet werden konnte. Am 12. Januar haben über 12 Millionen Wähler ihr Votum abgegeben über die künftige Gestaltung der politischen Dinge in Deutschland. Dem Wahltag ging ein mehrwöchiger Kampf voraus, in dem an gegenseitiger Berkeifung das Menschenmögliche geleistet wurde. Zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien spielt sich der Wahlkampf stets in großer Schärfe ab. Das ist zu verstehen. Die Sozialdemokratie erstrebt die Beseitigung der Grundlagen des gegenwärtigen Staates; sie will ein ganz neues Staats- und Gesellschaftsgebäude aufrichten. Alle übrigen Parteien dagegen wollen nur eine Umgestaltung von bestimmten Zuständen und Verhältnissen innerhalb des bestehenden Staatsgebildes herbeiführen. Nun hat sich bezeichnenderweise unter den bürgerlichen Parteien selbst der letzte Wahlkampf vielfach mit einer Erbitterung abgepielt, die größer war als die in dem Kampfe zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits in die Erscheinung getretene. Das ist für diejenigen, die die Welt nicht ausschließlich durch eine einseitige Parteibrille ansehen, kein erhebendes Schauspiel. Insbesondere nicht zu einer Zeit, in welcher das deutsche Volk alle Veranlassung hätte, gegenüber seinen schier unzähligen Neidern im Auslande auf die größtmögliche innere Geschlossenheit bedacht zu sein.

Deutschland ist heute ein Land, das Rohstoffe vom Auslande (Erze, Kupfer, Baumwolle usw.) in großer Menge beziehen und ein gewaltiges Quantum Fertigfabrikate wieder an das Auslande verkaufen muß. Nur durch gesteigerte Inlandsproduktion und erhöhten Außenhandel kann Deutschland seine jährlich um 900 000 Köpfe zunehmende Bevölkerung auf heimatischen Boden ernähren und ihr die Existenzmittel verschaffen.

Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung

ist durch die Reg- und Strebamkeit seiner Bevölkerung in den letzten anderthalb Jahrzehnten in schnellerem Tempo vorwärts geschritten, als die fast aller übrigen höherentwickelten Kulturstaaten. Das hatte zur Folge, daß die letzten Staaten Deutschland bei dem Bezug seiner Rohprodukte vom Auslande und bei dem Verkauf seiner Waren an das Auslande in stets steigendem Maße Schwierigkeiten zu machen suchten. Auf diesem Hintergrund betrachtet, war die politische Spannung des letzten Sommers wegen Marokko zu erklären, die nahe daran war, sich in einem Weltkriege auszulösen. Und auch in der Gegenwart spielen sich wieder in Persien, in den Balkanländern und im gewaltigen chinesischen Reich Vorgänge von ungeheurer weltwirtschaftlicher Tragweite ab, die für den Gang der künftigen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands von der allergrößten Bedeutung sind. Und in dieser selben Situation zerfleischt sich das deutsche Volk anläßlich eines Wahlkampfes in einer Weise wie noch nie, seitdem es ein neues deutsches Reich gibt, und schießt in das Reichsparlament 110 Sozialdemokraten, die die Reichsregierung an der Wahrnehmung der weltwirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu behindern suchen.

„Gegen Weltpolitik, gegen Militarismus, gegen Marinismus“ war der Schlachtruf, mit dem die Sozialdemokratie in den Wahlkampf zog, in demselben Moment, wo Amerika, England, Rußland und Japan, in deren Staaten die Sozialdemokratie nichts zu melden hat, sich anschicken, in dem in politischer Umgestaltung begriffenen gewaltigen Chinesenreich die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Völker für die Zukunft sicherzustellen. Das „Volk der Denker und Dichter“ aber ergötzt sich in diesem weltgeschichtlichen Augenblick an politischen Schlagworten, mit denen in Wirklichkeit nur der wahre Hintergrund des Wahlkampfes verschleiert wurde, was sich in absehbarer Zeit mit Sicherheit herausstellen wird. Die Entscheidung dieses Hintergrundes werden auch wir uns angelegen sein lassen, wenn erst der Reichstag und seine neue Zusammenfassung ihre Orientierung in der Politik gefunden haben werden.

Wie nicht anders zu erwarten, wie vielmehr mit Sicherheit vorauszu sehen war, ist bei dem gegenseitigen Heruntermachen der bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie der alle inige Lachende Dritte gewesen. Sie führt die Ernte in ihre Scheune. Ganz und innerlich zufrieden ist allerdings auch die Sozialdemokratie nicht. Zufrieden ist sie ohne Zweifel mit den auf sie entfallenen Vierundviertel Millionen Stimmen; ob aber deren Führer eine wahre Freude empfinden über die der Sozialdemokratie zugefallenen 110 Mandate, möchten wir stark bezweifeln. Jetzt ist es mit bloßen kräftigen Worten in Versammlungen nicht mehr getan. Die Stärke der Sozialdemokratie wird jetzt zugleich zu ihrer Schwäche werden. Sie hat bei den Massen, um deren Stimmen sie bei dem Wahlkampf warb, die trügerischsten Erwartungen und Hoffnungen erweckt. Die Massen der Unzufriedenen, die einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgaben, wollen nunmehr ohne Zweifel auch entsprechende sozialdemokratische Leistungen im Reichstage sehen. Hat doch früher die Sozialdemokratie den stärkeren bürgerlichen Parteien unausgesetzt zum Vorwurf gemacht, daß sie vor den Wahlen dem Volke alles versprochen und nachher nichts hielten, daß diese Parteien alle Forderungen der Arbeiter an die Reichsgeesegebung verwirklichen wollten, wenn sie nur ernsthaft wollten.

Nun wohlau, deutsche Sozialdemokratie: Jetzt zeige, was du kannst!

Mit Ausreden und Ablenkungsmanövern, die die französische Sozialdemokratie seit Jahren praktizierte, kommt die deutsche nicht durch. Dafür sorgt die christliche Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie soll nur jetzt das zu verwirklichen suchen, was sie den Massen im Wahlkampf vorgelogen hat. Die „Leipziger Volksztg.“ (Nr. 11), sagt bereits in Ahnung der Dinge, die da kommen werden, daß man sich innerhalb des sozialdemokratischen Lagers nicht verwirren lassen solle in der klaren Erkenntnis, „daß die kapitalistische Welt nicht mit dem Stimmzettel zu erobern ist, daß eine „Weltwende“ nicht durch den parlamentarischen Kampf herbeigeführt wird“. Weiter befürchtet das gleiche Blatt, daß wir „einer Zeit gewaltiger Konflikte, innerer wie äußerer, entgegengehen“. „Der Proletarier“ (Nr. 4), das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, geht noch bedeutend weiter, indem er unter der Ueberschrift „Eine neue Epoche?“ u. a. schreibt:

„Was wird die Klassenbewusste Arbeiterschaft Deutschlands von der gewaltig gestärkten sozialdemokratischen Fraktion erwarten? Die „Metallarbeiterzeitung“ verpflichtet sich von dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie „eine neue Epoche der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches“. Das kann und soll nicht so verstanden werden, als ob nunmehr mit einem Ruck an die Verwirklichung der großen Ziele des Sozialismus, an die allgemeine Bergesellschaftlichung der Produktionsmittel herangetreten werden solle. Die „Metallarbeiterzeitung“ betont selbst, daß die Sozialdemokratie allein, trotz ihrer gewaltigen Zunahme an Wählerstimmen wie an Mandaten, zur Durchführung einer auch nur einigermaßen tiefgehenden Umwandlung unserer politischen Verhältnisse leider noch immer zu schwach ist. Und wäre sie selbst im Volk und im Parlament stark genug, durch Mehrheitsbeschluß grundlegende Änderungen in der sozialen Verfassung des Gesellschaftskörpers durchzuführen, so würde, von anderen Schwierigkeiten ganz abgesehen, die erste Frage die sein, ob Deutschland inmitten der kapitalistisch organisierten Staaten Europas auf eigene Faust einen entscheidenden Schritt in der Richtung zum Sozialismus tun kann. Die bisherige Auffassung der Massen Köpfe des wissenschaftlichen Sozialismus war die, daß jeder Versuch, ein bestimmtes territoriales Gebiet von der Außenwelt loszutrennen, zum Zweck der Veranstellung sozialistischer Experimente, ein utopisches Unterfangen sei. Bei den modernen Verkehrs- und weltwirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander läßt sich das Deutsche Reich nicht als Island behandeln, in dem unbekümmert um die wirtschaftlichen Zustände der Umwelt nach einem vorher genau fixierten Plan beliebige Umgestaltungen vorgenommen werden können. Die fortschreitende Entwicklung zum Ziele der Sozialisierung der Gesellschaft muß eine annähernd gleichmäßige in allen Kulturarten der Welt sein, wenn schwere Rückschläge vermieden werden sollen. Die Triebfedern der unterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen sind ja auch in allen modern-kapitalistischen Staaten dieselben

Die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze bürgen also in unserer internationalen Zeitperiode immer mehr für ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt. Die erste und Hauptaufgabe, die den zu Machtfaktoren herangewachsenen sozialistischen Parteien der Großstaaten zufällt, besteht darin, die großen Unterschiede im politischen Aufbau der einzelnen Staaten auszugleichen. Die deutsche Arbeitererschaft muß nach dem ruhmvollen Abschluß des Kampfes, in dem sie ihre ganze Kraft aufgegeben hat, Wert darauf legen, daß später, wenn je die auf den neuen Reichstag gesetzten Erwartungen nicht in Erfüllung gehen sollten, sofort jedermann die Tatsache in die Augen springt: Nicht bei der Sozialdemokratie liegt die Schuld!“

Jetzt wissen die „Genossen“, woran sie sind. Mit diesen Darlegungen wird der Glaube an die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus vollständig in Frage gestellt. Daß dies direkt nach einem großen sozialistischen Wahlerfolge ausgesprochen wird, nachdem man vorher einige Wochen lang im Wahlkampf in den Köpfen der Massen noch die utopischsten Hoffnungen erweckt hat, ist das Bezeichnende an der Sache. Daß die „ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen... in allen modernen kapitalistischen Staaten dieselben“ sind und daß die dem „Kapitalismus innewohnenden Gesetze... immer mehr ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt“ bewirken, steht mit den Tatsachen im schroffsten Widerspruch. Im Gegenteil:

Die Vorbedingungen für den Sozialismus

sind in den einzelnen Staaten die denkbar verschiedensten, was schon in der völlig ungleichmäßigen Entwicklung und Verbreitung der Sozialdemokratie deutlich in die Erscheinung tritt. In der „Neuen Zeit“ sagt Kautsky, daß bei der vorläufigen Reichstagswahl 35 Proz. der über 25 Jahre alten Männer sozialistisch gestimmt hätten, wohingegen von den 3/4 Millionen junger Leute von 18 bis 25 Jahren anzunehmen sei, daß sie zur Hälfte auf sozialistischer Seite stehen. Wie sieht es dagegen in den anderen Ländern aus? In dem kulturell und wirtschaftlich hochentwickelten England und den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet die Sozialdemokratie fast nichts, in Rußland und dem aufstrebenden Japan fast noch weniger wie nichts. Den sozialistischen Gedanken in den verschiedensten Staaten zu gleicher Zeit auf eine gleich hohe Stufe zu entwickeln, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und bis schließlich in England, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Japan, der Sozialismus die Stufe erreicht, auf der er bereits in Deutschland angelangt ist, hat in Deutschland ohne Zweifel die Sozialdemokratie längst wieder abgewirtschaftet. Die mit der sozialistischen Ideenwelt aufgepeitschten Massen lassen sich in einem Lande nicht jahrzehntelang von der Verwirklichung der sozialistischen Ziele abhalten mit dem bloßen Vorwand, daß in anderen Ländern die Vorbedingungen für den Sozialismus noch nicht gegeben seien. Der Marxische Sozialismus, auf den die deutsche Sozialdemokratie schwört, aber läßt sich, wie „Der Proletarier“ ganz mit Recht sagt, ebensowenig „inmitten der kapitalistisch organisierten Staaten Europas“ für „ein bestimmtes territoriales Gebiet“ durchführen.

Für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet das Ergebnis des Wahlkampfes ohne Zweifel ganz gewaltige innere Kämpfe. Sie muß jetzt in absehbarer Zeit, nachdem sie 50 Jahre lang mit Schlagworten und Utopistereien den Massen die Köpfe verkleistert hat, diesen zeigen, was sie kann; sie muß jetzt das Gleichgewicht herstellen zwischen den Erwartungen der mit der kräftigsten Sprache aufgepeitschten Masse, der jedwedes Urteil über politische Möglichkeiten abgeht, und den sozialistischen parlamentarischen Taten. In vielen Situationen wird der Sozialdemokratie gar nichts anderes übrig bleiben, als das zu tun, was sie früher an bürgerlichen Parteien verurteilte. Vor die Wahl gestellt zwischen einer sprunghaften oder einer steten langsamen Entwicklung der Sozialdemokratie ist für deren Gegner, insbesondere auch für die christliche Arbeiterbewegung, die sprunghafte Entwicklung der wünschenswertere Zustand.

Die christliche Arbeiterbewegung

kann also mit Ruhe den kommenden Dingen entgegensehen. Sie war weiter bei dem Wahlkampf der alleinige Faktor, der der sozialdemokratischen Phrase Stand zu halten vermochte. Der industrielle Westen, das Hauptverbreitungsgebiet der christlichen Gewerkschaften, hat in der Hauptwahl nur einen Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt: die alte sozialistische Hochburg Südingen. Aus allen anderen Wahlkreisen hätte die Sozialdemokratie in der Stichwahl verdrängt werden können, wenn sich die bürgerlichen Parteien nicht so schrecklich uneneins gewesen wären. In den Bezirken mit besonderer Star-

entwickelter christlich-nationaler Arbeiterbewegung wurden der Sozialdemokratie zwei ihrer bedeutendsten Mandate: Duisburg und Bochum abgenommen. Der industriellste Bezirk Europas von Duisburg bis Hamm schied drei christliche Gewerkschaftler: Wiesberts, Hedmann und Schiffer, und lediglich einen Sozialdemokraten in den Reichstag. Die drei Kollegen wurden gewährt mit je 40 000, 58 000 und 79 000 Stimmen. Die „Bölnische Volksztg.“ schreibt daher mit Recht:

„Der wichtigste Teil der Schwerindustrie, drei Wahlkreise mit etwa 400 000 Wählern, hat sich entschieden gegen die sogenannte Arbeiterpartei ausgesprochen. Um das beurteilen zu können, muß man den Kubel gehört haben, mit dem das Resultat, daß die Sue in Bochum gefallen sei, aufgenommen wurde. Das war... überzeugte Gegnerschaft gegen den Sozialismus. Der Gedanke der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hat geliegt dort, wo Arbeitermassen so dicht wie nirgendwo in Deutschland zusammen leben, er hat geliegt über die Aderbildung und Verheißung der „freien“ Gewerkschaften... Man vergleiche damit das Ergebnis in Köln und auch in Düsseldorf. Da sind es doch wahrhaftig nicht Arbeiter, die den Sieg des Sozialdemokraten herbeiführt haben. Würgerliche und Beamtenkreise haben das in politischer Verblendung getan. Das „bürgerlich“ Köln wählt den Kandidaten der „Arbeiter“-Partei, die Arbeiterbezirke in derselben Provinz wählen die „bürgerlichen“ Abgeordneten.“

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist jetzt in ein Stadium gelangt, in welchem die führenden Volksteile in den verschiedensten Lagern an einer Stellungnahme zu ihr nicht mehr vorbeikommen. Dieser Tatsache hat auch bereits der Herr Reichskanzler Ausdruck gegeben, als er das Telegramm einer Siegesfeier am Wahlkreise Bochum am 26. Januar wie folgt beantwortete:

Mektor Tegeder, Berne.

Verbindlichen Dank für die Uebermittlung des Wahlergebnisses. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeitererschaft und der hingebenden Mitwirkung ihrer Führer.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg.

In den bürgerlichen Parteilagern wird sich alsbald die notwendige Ernüchterung einstellen, sie wird sich einstellen müssen. Und dann ist die Zeit gekommen, daß für die christliche Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Linie mit einer wichtigen

Aufklärungs- und Propagandaarbeit

eingesetzt wird. Noch nie ist die Notwendigkeit einer starken christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung für Arbeiter, Volk und Vaterland so deutlich ausgesprochen worden, als durch den Ausgang der letzten Reichstagswahlen. Nützen wir daher die Zeit!

Eröffnet sonach die durch den Wahlkampf neugeschaffene Lage der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine ungünstigen Perspektiven, so bleibt aber trotzdem bestehen, daß die gegenwärtige Situation für die innerpolitische Entwicklung unseres Vaterlandes, sowie für dessen Stellung im Rate der Völker eine überaus ernste ist. Wenn einmal 35 Prozent der über 25 Jahre alten Männer, bewußt oder unbewußt, sich gegen die Grundlagen der gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse aussprechen; wenn ferner weite bürgerliche Kreise an politischem Hyperradikalismus selbst die ruhigeren Elemente innerhalb des sozialdemokratischen Lagers übertreffen, so ist das eine tiefere ernste Erscheinung, der mit der erforderlichen Gründlichkeit und Tiefe nachgegangen werden muß. Ueber diese Zusammenhänge wird man an den zuständigen Stellen eine ernste Gewissensforschung anstellen müssen.

Bei der vorletzten Wahl sind für die christliche Gewerkschaftsbewegung in den verschiedensten Bezirken größere Schwierigkeiten hervorgerufen. Diesmal sind solche — von einem einzigen Bezirk abgesehen — nicht bekannt geworden. Die grundsätzlichen Auseinandersetzungen innerhalb unserer Bewegung während der letzten Jahre gelegentlich des Reichsvereinsgesetzes, der Reichsfinanzreform und der Reichsversicherungsordnung, sowie der Umfaffung, daß in Bezirken mit komplizierten politischen Verhältnissen die Funktionen der christlichen Gewerkschaften sich eine größere Reserve auferlegt haben, sind unserer Bewegung bei dem diesmaligen Wahlkampfe sehr zugunsten gekommen. Schwierigkeiten haben sich gelegentlich gezeigt an der Saar. Darüber wird demnächst an anderer Stelle geredet werden müssen.

Welche Taten von dem neugewählten Reichstag nach der sozialpolitischen Seite zu erwarten sind, läßt sich von vornherein nicht sagen: die Zusammenfassung des Reichstages ist eine zu unsichere. Hoffentlich erschöpft sich die Tätigkeit des neugewählten Reichstages nicht in sozialpolitischen

Reden und Anträgen

wie dies an dem 1903 gewählten Reichstag, in dem bekanntlich auch schon 81 Sozialdemokraten saßen, zu beobachten war; mit Reden und Anträgen kann sich die deutsche Arbeiterschaft kein Brot kaufen. Was ihr nützt sind lediglich greifbare parlamentarische Erfolge.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat auch im neugewählten Reichstag wieder eine Anzahl warmer Freunde. Neben unsern Kollegen seien genannt die Herren Prof. Dr. Sige, Dr. Pieper; weiter wurde neugewählt Graf Posadowski, der sich schon in seiner früheren Stellung als Staatssekretär mehrfach warm für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat. Ebenfalls neugewählt wurde Herr Lic. Mumm; er ist in unseren Kreisen zu bekannt, als daß wir noch besonderes über ihn zu sagen brauchen. Auch Herr Justizrat Carl Trimborn, der leider in Köln unterlegen ist, wird in wenigen Monaten wieder dem Reichstage angehören.

Größere Ueberraschungen hat die Reichstagswahl für die christlichen Gewerkschaften nicht gebracht. Daß die Sozialdemokratie 4 Millionen Stimmen erhalten würde, wurde bei dem Kampfe unter den bürgerlichen Parteien während der letzten Jahre allgemein vorausgesetzt und angenommen; daß sie mehr Mandate erhalten hat, als man annahm und als den sozialdemokratischen Führern selbst erwünscht ist, ist fürwahr für die christliche Gewerkschaftsbewegung kein Nachteil: im Gegenteil: der Kampf gegen die sozialdemokratische Phrase, den die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren mit Nachdruck aufgenommen, läßt sich in dieser neuen Situation wirkungsvoller als je führen: die jetzige Stärke der Sozialdemokratie ist zugleich ihre Schwäche.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Wahlzeit ist vorüber — an Stelle der Agitations-Schlachtworte über die angeblichen übeln Wirkungen der Reichsfinanzreform auf unser gesamtes Wirtschaftsleben tritt wieder die nüchterne objektive Betrachtung. Es hätte keinen Zweck, hier das Für und Wider der Finanzreform zu erörtern — nur das eine sei erwähnt: das Reich hatte im Jahre 1911 nicht nötig, eine neue Anleihe aufzunehmen. Diese Tatsache kam unzweifelhaft dem Geldmarkt und damit der Industrie und wenn auch nur in geringem Maße — dem Kursstand der deutschen Schuldverschreibungen selbst zu gute. Der Anfang dieses Jahres brachte eine neue deutsche

Anleihe von 80 Mill. Mark, die in kurzer Zeit untergebracht wurde zu einem befriedigenden Kurse. Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist die Erwähnung notwendig, daß eine Vermehrung der Reichsschulden dadurch nicht eintritt, denn mit dem aufgenommenen Geld werden Schapanweisungen, d. i. kurzfristige verzinsliche Anweisungen auf die Reichskasse, eingelöst. Die Schuld, die auf der einen Seite aufgenommen wird, wird also auf der andern getilgt. Die Schulden des deutschen Reiches belaufen sich nunmehr auf 4900 Mill. M. — Zugleich mit dieser Schuld nahm auch Preußen eine solche auf von 420 Mill. M. Der Betrag soll für Eisenbahnbauten verwendet werden, also sog. verbundene Zwecke dienen. Die Staatschuld Preußens beträgt 9428 Mill. Mark.

Es ist ein außerordentlich günstiges Zeichen für unsere Volkswirtschaft, daß keine Anleihen bei erheblichen Ueberzeichnungen mühelos untergebracht werden konnten, und zwar in Deutschland selbst. Vielleicht bedeutet diese Tatsache einen Anfang von Besserung für den Kursstand der Anleihen überhaupt. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß die 4prozentigen Obligationen — um solche handelt es sich auch dieses Mal — sich schon längere Zeit einer besseren Nachfrage erfreuten.

Das Wirtschaftsleben kennzeichnet sich bei Beginn dieses Jahres durch einen frohen Optimismus, der in erster Linie auf den günstigen Stand der Metallindustrie zurückzuführen ist. Auch die Einigung des preussischen Fiskus mit dem Kohlenyndikat wirkte sehr anregend. Die Metallindustrie hat jedoch u. E. vorerst keinen Grund, besondere Freude darüber zu empfinden, denn die erste Handlung des Kohlenyndikats nach der Einigung mit Preußen bestand in einer nicht unbedeutlichen Erhöhung der Preise, die gerade unsere Industrie schwer trifft. Um gerecht zu sein müssen wir aber bemerken, daß eine Preiserhöhung wohl auch ohne Einigung eingetreten wäre. Den ersten Anstoß dazu dürfte die günstige Lage der Hoheisenindustrie gegeben haben, der größten Abnehmerin des Kohlenyndikats. Welche Bedeutung die Erhöhung der Preise für die Eisenindustrie hat, beweist der Umstand, daß diese etwa 42 1/2 % des Syndikatsabsatzes aufnimmt. Hochofensolz, Kokssohlen und Bricketts wurden um je 1 M. pro Tonne erhöht — von 16,50 M. auf 17,50 M. die erste Sorte. Der Preis für diese Sorte war i. J. 1910 noch 15,50 M. Daß die Belastung eine außerordentlich schwere ist, können wir daraus ersehen, daß der inländische Verbrauch an Kohlen (ca. 67 Mill. To.) durch die Preiserhöhung einen Mehraufwand von ca. 45 bis 46 Mill. M. hat.

Die Hoheisenerzeugung nimmt stetig zu, das Jahr 1911 bedeutet einen Rekord; auch die Hoheisenausfuhr ist beträchtlich gestiegen, und zwar von 786 855 To. i. J. 1910 auf 829 393 i. J. 1911. Einen außerordentlich günstigen Vertrag für beide Teile hat die obereschlesische Hoheisenindustrie mit den Siegerländer Eisenerzbergwerken abgeschlossen. Darnach sollen diese in besonderen Fernzügen jährlich gegen 150 000 To. Erz nach Oberschlesien liefern. Daß bei solchen Mengen der Eisensteinverein im Preise ein entgegenkommen zeigen mußte, darf nicht überraschen. Er konnte das um so leichter, als die Staatsbahnen einen Ausnahmetarif gewährten von 0,9 Pf. pro Tonnenkilometer ohne Erhebung einer besonderen Abfertigungsgebühr. Dabei fahren täglich Fernzüge mit Ausnahme Samstags, die jedesmal mindestens 500 To. Eisenerz mitnehmen müssen. Vom 1. Oktober bis 31. November fallen diezüge aus wegen des regelmäßig um diese Zeit auftretenden Wagenmangels. Der Tarif gilt vorerst bis Ende 1914. Für die Siegerländer Eisenerzindustrie wie für die Obereschlesische Hoheisenproduktion ist dieses Abkommen von der größten Bedeutung. Das erhellt aus folgenden Daten: Im Jahre 1911 verhielteten die obereschlesischen Hochofen 1 112 120 To. Eisenerze. Davon entfielen auf Oberschlesien 302 357 To., auf Rußland 253 541 To., auf Schweden-Norwegen 240 514 To. und auf Oesterreich-Ungarn 151 752 To., — das Siegerland lieferte nur 51 To. Die Siegerländer Bergwerke haben nunmehr ein festes Absatzgebiet, das ihnen Beschäftigung und Stabilität verleiht.

Große Schmerzen bereitet der deutschen Wirtschaft immer noch die Frage der Erneuerung des Stahlwerkverbandes. Die Nachrichten, die an die Öffentlichkeit kommen, sind äußerst spärlich. Nach neueren Meldungen sollen die

Die Fabrikation der Schreibstahlfeder.

Von Dr. Heinrich Wiesenthal.

Die Herstellung dieses kleinen, unscheinbaren, aber immer noch so unentbehrlichen Schreibinstrumentes, das erst vor kaum einem Jahrzehnte den Jahrhunderte lang benutzten Gänsefiedel verdrängte, bietet dem Techniker wie jedem gebildeten Laien, der an den technischen Fortschritten unserer Zeit Anteil nimmt, vielerlei Interessantes. Diesen die mannigfachen Anleitungen und Vorschriften über die Herstellung von Gänsefedern in der Hauptsache auf einen geschickten Schnitt der Spitze hinaus, so sehen wir die Stahlstahlfeder durch ein ganzes Aufgebot von sinnreichen Maschinen und Apparaten entstehen.

Ein Gang durch den Betrieb einer großen Stahlstahlfederfabrik gibt uns ein gutes Bild über die Herstellung mit allen ihren Einzelheiten. Ueberblicken wir die Fabrikation, so sind es etwa zwölf Prozesse, die der Stahlstahlfeder, zu dem das beste Material gerade gut genug ist, durchzumachen hat, ehe er in das von der Prüfungsstelle als gebrauchsfähig hinausgeleitete Fabrikat umgewandelt ist. Je besser das Rohmaterial, desto leistungsfähiger das Fertigprodukt. Der zur Federfabrikation dienende Rohstahl wird deshalb sorgfältig ausgewählt, also auf seine chemische Zusammensetzung und die daraus resultierenden physikalischen Eigenschaften in einem nach den neuesten Fortschritten der Hüttenkunde eingerichteten Laboratorium geprüft: billiger Stahl ist zwar leichter zu verarbeiten und zeigt auch im Feuer geringere Empfindlichkeit, er gibt aber eine Feder, die den beiden Hauptforderungen: ausdauernde Brauchbarkeit und höchste Elastizität nicht entspricht.

Hat das Stahlblech, das gewöhnlich etwas dicker gefasst wird, als zur Verarbeitung notwendig ist, unter dem Walzwerk einen bestimmten Umfang erreicht, dessen Stärke durch genaue Messungen mittels Mikrometers festgestellt wird, so wandert es in den Schneideseil, in dem aus jedem Streifen zwei Stücke herausgeholt werden, die an Form etwa den äußeren Umrissen der Feder entsprechen. Diese Maschinen sind ähnlich den Schwerten mit stählerner Lochscheibe, deren Loch genau so geformt ist, wie die auszuscheidende Stahlblechstücke. Ueber der Lochscheibe befindet sich ein Stahlstempel, der genau in ihre Öffnung paßt. Aus dem dazwischen geschobenen Blech wird also das Federstäbchen herausgeschlagen, so daß ein gitterförmig durchbrochener Streifen übrig bleibt. Ganz nach der Form der Federorte wählt man Matrize und Stempel.

Von hier aus kommt das Plättchen unter den Fallhammer, das ist ein schwerer, in senkrechter Führung gleitender Här, der der Feder Fabrikstempel, Nummer und Spitzenbezeichnung eindrückt. Der nächste Saal zeigt uns, wie die abgestempelte Feder von feinst gearbeiteten Stangen mit runden edigen, sternförmigen oder ähnlichen Löchern und Spalten versehen wird, die nicht nur die Tinte festhalten, sondern auch die Elastizität der Feder erhöhen sollen.

Die bisher mit dem Stahl vorgenommenen Manipulationen, die in der Hauptsache in Druckwirkung bestanden, haben ihm eine Härte beigebracht, die der Weiterverarbeitung im Wege stände. Die Plättchen müssen also erst weich gemacht werden, wozu man sie in Tigelchen im Ruffelofen bis zur Rotglut erhitzt und dann ganz langsam abkühlen läßt. Bei sorgfältiger Beachtung einer allmählichen Abkühlung wird das Plättchen so geschmeidig, daß der nächste Prozeß, das rinnenartige Umbiegen an der Schraubenschraube mit Leichtigkeit durchzuführen ist. Die Schraubenschraube haben einen Unterstempel, in dem die gebogene Federform genau ausgearbeitet ist und an dem Oberstempel eine ebenso genau in die Matrize passende Figur. Wie beim Stempel und erhärtet durch Niederdrücken die gebogene Feder. Natürlich kann man sie in dem weichen Zustand nicht gebrauchen, sie muß also wieder gehärtet werden, indem man sie zur Rotglut erhitzt und dann plötzlich in Del abkühlt. Bei dieser Behandlung werden die Stahlfedern spröde wie Glas und um ihnen diese Eigenschaft zu nehmen, erwärmt man sie ganz allmählich in Trommeln über Kohlen- oder Gasfeuer, bis sie ihre Sprödigkeit verlieren und wieder elastisch werden. Temperaturmesser, bezw. Maßstab für den gewünschten Härtegrad, der zugleich die Elastizität bedingt, sind die bekanntesten Anlaufarten. Dann werden die Federn in rotierenden Trommeln oder Rollen mit einem gepulverten Schleifmittel geschleift und vorgeschliffen, wobei sie ihre Anlaufarten verlieren und blank werden. Zu je 100 Groß wandern sie dann in die Schleiferei, wo zuerst von schnell rotierenden Schmirgelscheiben die zwischen Loch und Spitze gelegene convere Fläche abgeschliffen wird. Dabei genügt es, die Feder nur einen Augenblick in der bestimmten Richtung gegen die Scheibe zu halten. Häufig wird das Fabrikat in bester Weise nach der Reinigung nochmals angelassen oder durch Salzfäuresäuber grau und bläulich gefärbt; hierauf werden noch Nachschleifmittel in der Form von Lösslösungen auf die Feder aufgetragen. Auch sind elektrische Ueberzüge sowohl als Sins als auch zur Dekorativität der Feder beliebt.

Eine sehr wichtige Operation, deren Ausführung ganz besondere Aufmerksamkeit und Uebung erfordert, ist das Spalten, das mit kleinen Parallelscheeren ausgeführt wird. Ist der Spalt genau in die Mitte der Spitze gefallen, so wird diese letztere noch ein wenig abgerundet und die fertige Feder könnte nun hinaus auf den Markt gehen; aber nochmals wird sie ausführlich auf ihre Güte und besonders auf die Breite ihrer Spitze, des wesentlichsten Bestandteils geprüft, wobei das bloße Auge nicht mehr ausreicht und Lupe und Mikroskop zur Anwendung kommen, dann wird sie im Packeseal von geübten Händen zu 12 Dugend oder je 100 St. eingeschachtelt, um ihre Reise durch die ganze Kulturwelt anzutreten.

Die hervorragenden Eigenschaften des Tautals, das bis vor wenigen Jahren nur den Fachgelehrten bekannt war und erst durch seine Verwendung zur Metallfadenslampe technische Bedeutung erlangte, veranlaßte eine Berliner Firma (Heintze und Blanders), das Metall auf seine Verwendbarkeit zur Federfabrikation zu prüfen. Anfangs ergaben sich manche Schwierigkeiten beim Schneiden, Formen, Spalten und besonders bei der Herstellung der Spitze, indes gelang es der Firma infolge ihrer vieljährigen Erfahrungen in der Stahlverarbeitung, Tantalfedern mit Winkels-, Kugels- und Rundspitze herzustellen. Wenn deren Preis vor der Hand auch noch hoch ist, so wird dieser Nachteil durch die Unempfindlichkeit in mechanischer und chemischer Beziehung ausgeglichen.

Schließlich seien noch die Kunschrift- und Zeichenfedern erwähnt, die die genannte Fabrik für Architekten, Künstler, Kunstgewerbler und Typographen liefert. Ein vollständig neues, bisher nicht beachtetes Gebiet ist es, welches sie hiermit den Industrieerzeugnissen eröffnet hat; eingehende Sonderstudien, sowohl der Technik als auch der Schreibkunst, waren notwendig, um die Ly- und Tofeder dem gefennzeichneten Preise zuzuführen.

Zwischen die in großen Zügen geschilderten Arbeitsvorgänge sind noch mancherlei wichtige Verrichtungen durch Menschenhand und Maschine eingeschoben, auf die wir, um nicht weiträumig zu werden, nicht eingehen können. So einfach die zahlreichen Manipulationen erscheinen mögen, die der Stahlstahlfeder auf jenem Wege zur gebrauchsfähigen guten Feder durchzumachen hat, so hohe Anforderungen stellen sie an die Gedächtnisfähigkeit und Gewandtheit der Arbeiter und Arbeiterinnen und nur die weitestgehende und richtig disponierte Arbeitsteilung gibt die Möglichkeit, ein so diffiziles Fabrikat zu derart billigem Preise herzustellen.

Verhandlungen abgebrochen worden sein, da eine Einigung über die Beteiligungsziffer nicht zu erzielen war. Wenn das tatsächlich auch der Fall sein sollte, so ist deshalb noch kein Grund zum Pessimismus gegeben. Wie oft wurden die Verhandlungen im Hoheisenyndikat abgebrochen — und wieder aufgenommen! Wir glauben, daß die verschiedenen Interessenten sich schließlich doch noch einigen werden, denn die großen Vorteile, die der Stahlwerksverband jedem Beteiligten bietet, werden den Ausschlag geben. Die Erneuerung ist auch im Interesse der Arbeiterschaft zu wünschen — vor einem rücksichtslosen Konkurrenzkampf, der beim Scheitern der Verhandlungen einsetzen müßte, hätte sie den größten Schaden.

Die Marktlage für A- und B-Produkte ist nach allen Berichten außerordentlich günstig. Sehr fest ist der Markt in Halbzeug. Die inländischen Verbraucher haben ihre Bestellungen abgegeben, die so zahlreich waren, daß die Werke mancher Ansprüche nicht genügen konnten. Die Inlandspreise haben bis jetzt keine Erhöhung erfahren, dagegen steigen die Auslandspreise, da die Nachfrage sehr lebhaft ist. Die Beschäftigung der Werke in schwerem Oberbaumaterial für Eisenbahnen ist gut, da die preussischen Staatsbahnen die Bestellungen für 1912 in Bestellung gegeben haben. Das Geschäft in Trägern war bis Anfang Januar sehr auftriebsvoll. Durch die einsetzende kalte Witterung hat aber die Bautätigkeit eine Unterbrechung erfahren, und damit ist natürlich eine Stodung auch für die Träger eingetreten. Nach wie vor sehr fest ist der Stabeisenmarkt. Die Werke sind so mit Aufträgen überhäuft, daß Lieferfristen von mehreren Monaten ausbedungen werden.

In allen Sorten von Eisenblechen ist die Beschäftigung gut. Das Grobblechsyndikat konnte die Preise erhöhen. Auch hier sind lange Lieferfristen an der Tagesordnung. Von dem Markt für Gas- und Siederöhren ist endlich wieder etwas besseres zu berichten als seit langem. Einige große Werke haben ihre Preise um 10 M. pro Tonne erhöht, ohne daß deshalb die Beschäftigung gelitten hätte. Es besteht Hoffnung, daß der vernichtende Konkurrenzkampf auf dem Röhrenmarkt durch Bildung eines Syndikats ein Ende findet, wenn nur erst der Bestand des Stahlwerksverbandes gesichert ist. Der Bandblechmarkt liegt günstig, ebenso der Drahtmarkt. Die Maschinenfabriken sind gut beschäftigt.

Die günstige Preisbildung auf dem deutschen Markt hat einen entsprechend günstigen Einfluß auf das Ausland, besonders aber auf Belgien ausgeübt; dieses konnte infolge des Bestehens höherer Preise von Seiten Deutschlands die Preise für Roheisen, Stab- und vor allem Bandblech ebenfalls erhöhen. Sehr günstig hat sich Belgiens Roheisenproduktion entwickelt, die 1910 1.800.000 Tonnen betrug, 1911 2.400.000 T.

Wohl kein Land beurteilt einen, wenn auch kleinen Umschwung im Wirtschaftsleben mit solchem Optimismus wie Amerika. Wenn wir auch weit entfernt von diesem sind, so muß doch gesagt werden, daß die Verhältnisse in unserer Industrie, die dort ja ganz darniederlag, sich nicht unwesentlich gebessert haben. Die Roheisenproduktion, die im Jahre 1911 fast um 4 Mill. T. gegen 1910 gesunken ist, nimmt einen neuen Aufschwung. Der Stahlruß konnte infolgedessen 6 Hochofen anblasen. Auch die Preisbildung ist günstiger als seit langem, wenn auch gerade in den letzten Tagen wieder eine Abschwächung zu verzeichnen war. Die Beschäftigung des Stahlrußes ist lebhafter geworden, was schon aus den Aufträgen der verschiedenen Eisenbahngesellschaften hervorgeht. Ende Dezember betrug der Auftragsbestand des Stahlrußes 5,0 Mill. T. gegen 4,1 Mill. Ende November und nur 2,7 Mill. T. Ende Dezember 1910. Die Betriebsüberschüsse sind im Jahre 1911 stark zurückgegangen. Betragen sie 1910 141 Mill. Dollars, so 1911 „nur“ 104 Mill., also 35 Mill. Dollars weniger. Ob das neue Jahr drüben den erwarteten Aufschwung in vollem Umfang bringt, ist zweifelhaft — dazu lag dort die ganze Volkswirtschaft zu sehr darnieder, und ein Augenblickserfolg darf darüber nicht hinwegtäuschen.

Der Kampf ist der Vater des Erfolges.

Wohl keine Gelegenheit wäre passender um über die Wahrheit dieses Satzes Betrachtungen anzustellen, als die in diesem Jahre stattfindende Jahrhundertfeier der Krupp'schen Werke in Essen. Was heißt kämpfen? Kämpfen heißt nach unseren Begriffen Opfer bringen, Hindernisse überwinden, um ein sich selbst oder von anderen gestecktes Ziel zu erreichen. Kämpfen heißt aber auch, sich mit geschickten erlaubten Mitteln das erzwingen, was einem von andern nach unseren Rechtsbegriffen widerrechtlich vorenthalten wird.

Wenn im verflochtenen Jahrhundert ein Mann in unserer Vaterlande es in ganz besonderer Weise verstanden hat, in obigem Sinne zu kämpfen, dann war es der Begründer der größten Waffenschmiede der Welt, der Mann, der den Grundstein legte zu dem Riesenwerke, auf das die Welt mit Staunen blickt, nämlich „der alte Krupp“, wie ihn der Essener Volksmund schlichtweg nennt. Es würde zu weit führen, die Entwicklung und den Werdegang der Krupp'schen Werke hier näher zu schildern; es mag genügen, daß sich unzählige Beweise anführen lassen dafür, daß es der ehrliebe Kampf mit den gegebenen Verhältnissen war, der ihm den Erfolg gebracht. Aber auch ungezählte Opfer ließen sich aufzählen, die er in zäher Ausdauer brachte, um sich den Erfolg zu erzwingen. Er hat nicht nach rechts oder links geschaut, bei ihm hieß es nicht, „was mag dieser oder jener dazu sagen?“ er war kein Weichling, der sich nur nach anderen richtete. Nein, er war der Kämpfer nach alter deutscher Art, sich bewußt, daß der Weg zum Ziel mit Mißerfolgen gepflastert ist und der mit sich einig darüber war, — daß „der Kampf der Vater jedes Erfolges“ ist.

Wir fragen nach der Ursache, die ihn einen solchen Kampf wagen ließ; schlagen wir sein Lebensbuch auf, lesen wir aus seiner Lebens- und Handlungsweise, daß es die edelsten Motive waren, deren nur ein echter Deutscher fähig ist. Nicht der nackte Egoismus war es, der diesen Mann leitete, nicht die Eucht nach Mammon, die ihn zu immer neuen Triumpfen führte, sondern er ließ sich leiten von dem Gedanken: „Alle für einen und einer für alle“. Daß dies letztere zutrifft, beweisen die musterhaftigen Anordnungen die er für seine Mitkämpfer traf. Er ließ seine Arbeiter in der für die damalige Zeit passensten Form an den Erfolgen seiner Kämpfe teilnehmen. — „Das war noch die gute alte Zeit“, so hörte ich es oft aus dem Munde der alten Mitkämpfer dieses Helden und Bahnbrechers auf dem Gebiete der Industrie.

Mit unserem „alten Krupp“ jant aber auch ziemlich zu gleicher Zeit das alte patriarchalische Verhältnis ins Grab. Wohl besteht der Satz: „Der Kampf ist der Vater des Erfolges“ seine alte Gültigkeit, doch die Art der Kämpfe wurde eine andere. Hinauf zog das Zeitalter der gemeinsamen

Kämpfe, des solidarischen Zusammenschlusses gleicher Interessen. Die Nachfolger unseres „alten Krupp“ haben es mit großem Geschick verstanden, sich in die neue Art des gemeinsamen Kampfes hinein zu leben; gemeinsam haben sie ihn weiter geführt. Der Erfolg blieb nicht aus. Außer den geradezu glänzenden Erfolgen nach der finanziellen Seite sehen wir heute, wie das ganze Riesenwerk in verhältnismäßig kurzer Zeit neu ersticht, indem an Stelle der veralteten Werkstätten neue, allen modernen Anforderungen genügende, wie Pilze aus der Erde schießen. „Alter Krupp“, deine Nachfolger dürfen auch mit dem Ergebnis ihres Kampfes zufrieden sein.

Doch nun die Rehrseite der Medaille. Wie steht es demgegenüber mit den Nachfolgern der Mitkämpfer des „alten Krupp“, mit der Arbeiterschaft. Hat auch sie es verstanden sich in der neuen Art des Wettkampfes zurecht zu finden, hat auch sie den Weg des neuen Zeitalters beherrzt eingeschlagen und sich zu gemeinsamer Arbeit in ihrer Berufsorganisation zusammengefunden? Leider zum größten Teile noch nicht! Gewiß, eine Anzahl wackerer Männer müht sich seit Jahr und Tag unter großen Opfern der großen Masse den Weg zu zeigen. Doch diese will ich, so scheint es, nicht sehen. Vielleicht ist die Zeit nicht allzufern, wo sich diese Blindheit, dieses geradezu krankhafte Aufklammern an das „Alte“ schon bitter rächen kann. Und ist denn das „Alte“ wirklich noch das Alte von damals, daß man sich heute nicht von ihm losreißen kann? Ach nein! Gewiß, die Art des Alten ist geblieben, die Buchstaben sind dieselben, aber die Form, in der das Alte verteilt wird, ist eine andere geworden. Wer möchte das bestreiten? Keiner, gewiß nicht. Aber gerade diese veränderten Formen werden der großen Masse der Krupp'schen Arbeiterschaft den Weg in die Berufsorganisation mit zwingender Notwendigkeit zeigen. Schon regt es sich. Das Kennzeichen der Krupp'schen Werke bei den Arbeitern, es ist nicht mehr das alte. Immer loedter werden die Bande, die den einzelnen zurückhalten von der Pflicht, den gemeinsamen Weg mit ihren Standesgenossen zu gehen. Und — die „Hant“ aus Herz, Krupp'scher Metallarbeiter! ist es denn wirklich etwas so Begehrtes, um dessentwillen du den offenen und ehrlichen Kampf für deine und deiner Standesgenossen Rechte meidest? Gibt es für einen Mann, dem Berufs- und Standeshre heilig, wirklich kein höheres Ideal wie eine billige Wohnung und der Traum von einem ruhigen Lebensabend? Wann es ihn fast lassen, wenn er sieht, daß seine Kollegen bald zusammenbrechen unter der Last der Opfer, die sie für die Anerkennung auch seines Standes brauchen im weiten Vaterlande bringen? Krupp'scher Arbeiter, ist deine Umgebung wirklich dazu angetan, dem alten Schlen-drian seinen Lauf zu lassen? Wehrt sie dich nicht, daß halb etwas geschehen muß, um den Klagen aus den einzelnen Betrieben abzuhelfen? — Und erst du, du besser Entlohneter, der du noch am weitesten von uns entfernt bist, regst dich in deiner Brust kein menschliches Fühlen im Hinblick auf deinen schlecht entlohneten Arbeitsbruder, oder den unter den Füssen seiner Arbeitslast verzagenden Bruder am feurigen Ofen? Bist nicht gerade du an erster Stelle berufen, durch materielle Opferwilligkeit den anderen den Weg zu zeigen und deine geistigen Fähigkeiten in den Dienst unserer gemeinsamen Sache zu stellen? Ein Mann hat auf diese Fragen nur eine Antwort: Er tut seine Pflicht!

Wenn wohl könnte ich dir besser als Vorbild hinstellen in den Tagen der Vorbereitungen zur Jahrhundertfeier als unseren „alten Krupp“. Kein feindsüchtiger Geist sollst du sein, der nur an sich denkt. Nein, ehren wir alle sein Andenken, indem auch wir nach dem Wahlspruch handeln: „Einer für alle und alle für einen!“ Zeigen wir als deutsche Männer, daß wir den ehrlichen und offenen Kampf für unsere Ideale nicht scheuen, zeigen wir unsern „alten Krupp“, daß auch wir es verstehen, für diesen Kampf Opfer zu bringen. Finden wir endlich den Weg zu gemeinsamer Arbeit im christl. Metallarbeiterverband. Das ist die beste und würdigste Art, das Gedächtnis unseres „alten Krupp“ gelegentlich der Hundertjahrfeier seines Riesenwerkes zu begehen. Auch für uns wird sich dann die Wahrheit des Satzes zeigen: „Der Kampf ist der Vater des Erfolges!“

Aus der Arbeiterbewegung.

Ein Nachspiel zum Düsseldorf-Krankentassenstandal.

Die durch den bekannten Beleidigungsprozeß aufgedeckte Miß- und Klauenwirtschaft in der sozialdemokratisch verwalteten Allgemeinen Ortskrankenkasse Düsseldorf hat noch ein Nachspiel vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Düsseldorf gehabt. Der Kassenvorstand Lejser, ein Sozialdemokrat, und der Bureauvorsteher Red, ein nichtsozialdemokratischer Beamter, waren nach dem damaligen Prozeß ohne Kündigung entlassen worden. (Red hatte zu ungunsten der Kasselführung ausgesagt.) Gegen diese Entlassung hatten beide beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung Beschwerde erhoben. Dieser interessante Prozeß, zu dem ein großer Zeugenapparat aufgeboten war, dauerte zwei Tage und wurde am 16. und 17. Januar verhandelt. Den beiden Klägern sowie der Kasse stand je ein Rechtsanwält zur Seite. Die Verhandlungen beschäftigten in allen Punkten die damaligen Behauptungen des Beklagten Rosen über die Mißwirtschaft innerhalb dieser sozialdemokratischen Kasselführung. Das Gericht entschied, daß Red wieder eingestellt wird, da seine Entlassung ungerechtfertigt war, wogegen Lejser es vorzog, auf Grund des edelwürdigen Beweismaterials gegen Schluß des zweiten Verhandlungstages seine Beschwerde zurückzuziehen. Damit ist Lejser endgültig von der Kasse entfernt.

Man erinnert sich, wie nach der damaligen Verhandlung die gesamte sozialdemokratische Presse versuchte, die Wahrheit krumm zu biegen oder die Wahrheit zu beschönigen. Und in der jetzigen Verhandlung gab der sozialdemokratische Vertreter der Kasse und sein Rechtsbeistand sich alle erdenkliche Mühe, diese skandalöse Mißwirtschaft zu vertuschen und zu beweisen, um die erfolgten Entlassungen zu rechtfertigen. Soweit der „Genosse“ Lejser in Frage stand, ist das auch vollständig gelungen. Lejser hat Prostitutione nachts in das Kasselfokal eingeschleppt, mit weiblichen Beamten Liebesverhältnisse unterhalten, andere Beamtinnen mit unflätlichen Anträgen belästigt.

Die Anklage gegen diesen Mustergenossen behauptet weiter, daß Lejser eine Beamtin mit den gemeinsten und unflätigsten Schimpfworten belästigte, als sie ein unflätliches Anerbieten von ihm ausschlug. Weiter wird ihm grobes und schroffes Auftreten gegenüber den Angestellten und dem Vorstand der Kasse vorgeworfen. Der frühere Arzt des Genesungsheimes in Höfel habe seinen Posten wegen des unqualifizierten Benehmens Lejser's niedergelegt und der jetzige und die Ober-schmester beabsichtigten aus diesem Grunde dasselbe zu tun. Ein weiterer Vorwurf gegen Lejser ist der der widerrechtlichen

Vergebung von Kassengeldern. Entgegen seiner Befugnissen hat er einer Angestellten das Gehalt für mehrere Monate ausgezahlt, ohne daß die betreffende ein Anrecht darauf hatte. Nach der Anklage soll dieses widerrechtliche Vorgehen auf eine der bekannten Liebesleien zurückzuführen sein.

Diesem edelwürdigen Beweismaterial konnte der sozialdemokratische „Musterkassenvorstand“ nur damit begegnen, daß er zu seiner Entschuldigung die Tatsache anführte, andere Beamte dieser „sozialdemokratisch“ verwalteten Kasse hätten noch einen ganz anderen Verkehr mit den Damen der Kasse gehabt. Und auch der Sohn des soziald. Arbeitersekretärs Fischer habe während einer Kur widerrechtlich das Gehalt bekommen. — Die Genossen aber werden natürlich fortfahren zu behaupten, diejenigen, die bestraft waren bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung mit der roten Korruption in den Krankentassenverwaltungen aufzuräumen, hätten die — Arbeiterrechte verraten. Unsere Kollegen werden der roten Fruchtsuppe bei passender Gelegenheit die Antwort nicht schuldig bleiben.

Sozialdemokratischer Streikbruchschwindel.

Durch den roten Blätterwald macht augenblicklich die Schauerwärme von einem angeblichen „christlichen Streikbruch“ in Schwenningen die Runde. Wie aber liegt der Fall in Wirklichkeit? Im September hatte der sozialdemokratische Schuhmacherverband bei drei Schwenninger Schuhfabriken Forderungen eingereicht und als die abgelehnt wurden, den Streik erklärt. Auch die der christlichen Organisation angehörenden Arbeiter ließen sich dazu verleiten, trotzdem sie von den „Genossen“ zu den Beratungen in keiner Weise zugezogen wurden.

Erst in der siebten Streikwoche kam es wieder zu Verhandlungen, nachdem man in der Zwischenzeit sozialdemokratischerseits den Standpunkt vertrat, „die Fabrikanten müssen zu uns kommen“, was aber nicht wahr wurde. Das Resultat der Verhandlungen war die Unterzeichnung der bereits gemachten kleinen Lohnzulagen. Außerdem sollte aber nur ein kleiner Teil der Streikenden wieder eingestellt werden, da die Aufstellung neuer Maschinen und sonstige technische Änderungen, sowie die inzwischen eingestellten Arbeitskräfte mehr als die Hälfte der Streikenden überflüssig mache. Der sozialdemokratische Gauleiter Leg-Stuttgart erklärte in einer Versammlung der Streikenden, daß sie in diesem Punkte gefordert hätten, die Fabrikanten sollten ihnen auf einen Zettel aufschreiben, wieviel Arbeiter jeder Fabrikant noch brauche, diesen Zettel sollten sie auf das Streikbureau senden und dann wollten sie die Fabrikanten die gewünschte Zahl geeigneter Arbeitskräfte vom Streikbureau zuschicken. Da der christliche Verband weder bei den Verhandlungen noch bei der Streikleitung eine Vertretung hatte, und zudem nur ein Teil der Ausständigen hätte eingestellt werden können, wird kein Mensch glauben, daß die rote Streikkommission auch Mitglieder des christlichen Verbandes vermittelte hätte.

Der sozialdemokratische Verband hätte somit die Bewegung schon damals zu den verfahrensten Bedingungen abgebrochen, wenn es ihm gelungen wäre, hinter dem Rücken der christlichen Arbeiter die noch freien Plätze mit seinen Mitgliedern zu besetzen. Bis letzterem die Sache erfahren hätten, wären die „Genossen“ schon eingestellt gewesen und die christlichen Arbeiter hätten das Nachsehen gehabt. Der bereits erwähnte Gauleiter Leg und der Vertreter des sozialdemokratischen Zentralvorstandes erklärten in einer Versammlung übereinstimmend, daß mehr als das vorher geschilderte Ergebnis der Verhandlungen nicht zu erreichen sei, je länger der Streik fortdauere, desto schlechter würde die Situation für die Arbeiterschaft. Das war auch die Ansicht der christlichen Arbeiter, die sich deshalb mit den Zugeständnissen zufrieden gaben und die Arbeit wieder aufnahmen. Die Sozialdemokraten sind nun während darüber, daß ihnen der bestmögliche hinterlistige Streich, die christlichen Arbeiter aus ihren Arbeitsplätzen zu verdrängen, nicht gelungen ist und schimpfen deshalb über „christliche Streikbrecher“, was bei vernünftigen Menschen absolut keinen Eindruck machen kann.

Rundschau.

Sieben christliche Gewerkschaftler sind in den eben getätigten Reichstagswahlen als Volksvertreter erwählt worden. Es sind dies die Kollegen Hedmann (nationalliberal), Behrens (christlich-sozial), Giesberts, Schiffer, Becker, Schirmer und Schwarz (Zentrumspartei). Hedmann und Schwarz sind erstmalig gewählt, während die übrigen dem letzten Reichstag schon angehört. Von den früheren christlichen Arbeitervertretern im Reichstag hat Kollege Wiebeberg (Vor-sitzender des christlichen Banarbeitersverbandes) sein Mandat in Hamm-Soske nicht behaupten können, er ist in der Stichwahl unterlegen. Konservative und Reichspartei haben wie früher so auch diesmal keinen Arbeiter in ihrer Mitte. Die Bemühungen der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine, von den linksliberalen Parteigruppen ein Mandat zu erlangen, sind ohne Erfolg gewesen.

Natürlich ist der Hereinfall des „Urteils“ der Bergarbeiterbewegung, des Genossen Hue, der in Bochum sein Mandat an unsern Kollegen Hedmann verlor, der ganzen roten Gesellschaft äußerst unangenehm. Mit wenig schmeichelhaften Ausdrücken wird Hedmann von ihr belegt. Selbstredend darf in dem Chorus das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nicht fehlen. Die „Metallarbeiterzeitung“ hat sogar die Stirn, Hedmann einen „Streikbrecher“ zu schimpfen. Doch Hedmann wird sich über diese Niederträchtigkeit zu trösten wissen; es ist nämlich komplett erledigt, was ihm das sozialdemokratische Blatt vorwirft. Der Bochumer Hereinfall ist um so empfindlicher für die Genossen, weil ihnen auch Duisburg verloren ging und Severing in Bielefeld ebenfalls pensioniert wurde. Und Baden, das „Muster-ländle“, scheint der Genossenregierung auch schon überdrüssig zu sein — außer dem revisionistischen Halbbohrer Franz, scheidet es keinen „Genossen“ mehr nach Berlin. Selbst die „rote Feste“ Forzheim fiel; sie hatte die Vorhölzerse „Laktik“ satt. — „Daher die Tränen“ der Metallarbeiterzeitung!

Die Gewerbegerichte waren den Unentwegten im Scharfmacherlager von jeher ein Dorn im Auge. Achselzuckend geht die Öffentlichkeit an den Zeremonien dieser Leute vorbei. Und mit Recht. Was hilft's denn, mit ihnen über Sozialpolitik zu diskutieren; sie waren, sind und bleiben „un-entwegt“. Eine ganz neue Entdeckung aber, die wir nicht stillschweigend übergehen können, hat „Der Arbeitgeber“, daß

Blatt der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände gemacht. In Nr. 2 legt das Blatt ganz gründlich gegen die Ver gleichstätigkeit der Gewerbevereine los. Doch darüber wollen wir mit dem „Arbeitgeber“ nicht streiten. Es hat keinen Zweck. Nur seine tiefstimmige Begründung über die Ursache dieser Erscheinung sei etwas näher beleuchtet. Der „Arbeitgeber“ meint nämlich:

„Die Gewerbevereine und die Kaufmannsgerichts- mahnen spiegeln, das kann man immer mehr beobachten, über- haupt den politischen Kampf wieder. Da kann man sich wahrlich nicht wundern, wenn die Gewerbevereine in ihrer Stellungnahme zu den Interessen der Arbeitgeber ungefähr- tenselben Standpunkt einnehmen, den wir in der Politik wiederfinden. Die Gewerbevereine lassen sich in ihrer Praxis allzu sehr von den Ansichten für den „wirtschaftlich Schwächeren“ leiten, der aber heute durch die Kraft der Organi- sation und durch die Förderung, welche letztere in- und außerhalb der Parlamente erfahren, eigentlich der wirt- schaftlich Stärkere ist. Daher auch die ständig geübte Praxis der meisten Gewerbevereine, den Vergleich vor- zuziehen, sobald sich um den Gang der Verhandlungen eschen läßt, daß der Arbeitgeber vollständig oder doch über- wiegend im Rechte ist.“

Wie ungeheuer der „Arbeitgeber“ mit seiner Debatte daneben ist, beweist die Tatsache, daß die Unternehmer aus ihren Kreisen immer die gleiche Anzahl Vertreter stellen wie die Arbeiter. Den Vorsitzenden der Gewerbevereine aber zu unter- stellen, sie neigten zur Arbeiterseite, das ist wirklich ein starkes Stück. Sollte das Blatt den Beweis für seine Behauptung erbringen müssen, würde ihm wohl der Atem zu kurz werden.

Der Konflikt zwischen der Rheinischer Ortskrankenkasse und ihren Ärzten ist jetzt vom Reichsgericht endgültig zu Ungunsten der Kasse entschieden worden. Während eines Streites mit den Rheinischer Ärzten hätte die Kasse acht Ärzte bis zum Jahre 1915 fest angestellt. Der Anstellungs- vertrag gab die Ärzte nach der „Kölnischen Volkszeitung“ fast vollständig in die Hand des Kassenvorstandes.

Der Vorstand konnte bestimmen, in welchem Bezirk der einzelne Arzt seine Wohnung zu nehmen hatte, konnte ihn unge- achtet seines Widerspruchs von einem Bezirk in den anderen versetzen, konnte ihm strafweise Abzüge von seinem Gehalte machen und andere Dinge mehr. Ueber etwaige Differenzen sollte ein Schiedsgericht entscheiden. Da in Frage kommenden Vertragsbestimmungen wurden vom Kassenvorstand so gehand- habt, daß die Kassenzurückstellungen sich mit einer Beschränkung über Willkür und Tyrannei an den Bürgermeister wandten. Als später wieder zwei Ärzte mit Gehaltskürzung und Ver- setzung bestraft wurden, weil sie wegen Ueberbürdung nicht zu einer Entbindung gegangen, sondern den Mann der Wöch- nerin an einen anderen Arzt verweisen hatten, lösten die Kassenzurückstellungen das Vertragsverhältnis. Da die Kasse keinen Erfolg finden konnte, so verklagte sie ihre ehemaligen Kassenzurückstellungen auf Schadenersatz in Höhe von 107 000 Mark. Vor dem Landgericht Oberfeld, wo die Sache zur Verhandlung kam, bezeichneten die Ärzte den aufgehobenen Vertrag als un- gültig. Das Gericht pflichtete ihnen bei, in der Annahme, daß sie unter den heutigen ungünstigen Verhältnissen ihre sichere Stellung nicht aufgeben hätten, wenn sie nicht ins- folge des fortgesetzten Druckes der Kasse ihre Berufszureich- keit und zugleich das Vertrauen ihrer Kranken, für die sie ohne Rücksicht auf den Heilzweck nur das allerbilligste ver- ordnen durften, verloren hätten. Eine unzulässige Ueberbür- dung gestellte sich dazu. Nach Ansicht des Landgerichts lag somit ein wichtiger Grund zur sofortigen Lösung des Ver- trages vor. Das Oberlandesgericht Düsseldorf war anderer Meinung, aber das Reichsgericht hob das Urteil des Ober- landesgerichts Düsseldorf auf und wies endgültig die Klage der Ortskrankenkasse Rheinisch ab.

Zweifellos ist eine so weitgehende Reglementierung, wie sie von der Kasse befohlen wurde, unrichtig. Andererseits sind die Praktiken der Unternehmer in ihren Rentionskassen nicht minder verwerflich. Doch da jagt das Reichsgericht nichts von einem ungültigen Vertrag, sondern gibt den Unter- nehmern recht. Die Arbeiterklasse möge daraus ein- mal wieder erkennen, daß sie ihre Organisation noch viel besser ausbauen muß, um auf die öffentliche Meinung ein- wirken zu können.

Die Konsumvereine der Hamburger Rich- tung gaben im vorliegenden Wahlkampf praktische Beweise für ihren sozialdemokratischen Charakter. In Rheinland und Westfalen wandten sie sich durch eine „Abwehrkommission“ schriftlich an die Kandidaten der einzelnen Parteien mit bestimmt formulierten konsumgenossenschaftlichen Forderungen. Die Forderungen und die ganze Art der Forderung waren so, daß — nur die Kandidaten der Sozialdemokratie mit Ja antworten konnten. Darauf hatten es die „neutralen“ Kandidaten natürlich abgesehen. Alle übrigen Kandidaten kamen auf die „schwarze Liste“ der Konsumvereine, die in Form eines Flugblattes in Hunderttausenden von Exemplaren wäh- rend des Wahlkampfes verteilt wurde. Die Namen der sozial- demokratischen Abgeordneten waren in Fettdruck hervorgehoben und zum Schluß die Aufforderung an die Mitglieder der „neutralen“ Konsumvereine gerichtet, nur diesen Sozialdemo- kraten ihre Stimme zu geben. Bei den hochbetrienen be- fanden sich unter Kollegen Giesberts, Wieberg, Klost u. a. — Den christlichen Arbeitern, die bisher an die „Neutralität“ der Hamburger glaubten, werden jetzt höfentlich die Augen aufgedeckt. Heraus aus den Konsumvereinen, welche die So- zialdemokratie fördern, die Partei, deren höchstes Ziel die Befreiung und Befähigung der christlichen Arbeiter- klasse ist.

Aus der Metallindustrie. Die Oberländische Stahlwerksgesellschaft hat ihren Betriebsvertrag um fünf Jahre verlängert. Gleichzeitig wurde für das zweite Quartal 1912 eine Preisermäßigung beschlossen. — Die Deutsche Lastautomobil- gesellschaft in Ratingen hatte in dem besetzten ersten Ge- schäftsjahr einen Reinertrag von 85 000 M. — Die Rheinisch-Westfälische Stahlwerksgesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1911 nach 245 000 M. Reinertrag einen Reinge- winn von 2 221 000 M. Die Aktionäre erhalten davon Mark 1 800 000 M., gleich 24% Dividende, im Vorjahr gab es 21%. — Der Maschinenfabrikant Wegmann in Hülse u. d. Saale brachte das Geschäftsjahr 1911 nach 78 000 M. Abschreibungen einen Reinertrag von 570 000 M. Davon bekamen die Aktionäre 462 000 M. Dividende gleich 12%.

Die Ausfuhr Deutschlands an Werkzeug- maschinen ist auch im Jahre 1911 wiederum gestiegen. Während 1909 48 000 To. ausgeführt wurden, waren es 1910 59 000 To. und 1911 71 000 To. Die Zunahme beträgt

mithin im Jahre 1911 rund 12 000 To. Die Einfuhr stieg auch, nämlich von 6100 To. im Jahre 1910 auf 7300 To. im 1911. Der Wert der Ausfuhr betrug im Jahre 1910 ca. 76,2 und 1911 ca. 77,4 Millionen Mark. Demgegenüber betrug der Wert der eingeführten Werkzeugmaschinen 1910 ca. 7,7 und 1911 ca. 9,3 Millionen Mark.

Ein wilder Streik, bei dem eine Anzahl Personen getötet und verwundet wurden, ist auf dem Hochufer der Deutscher-Burgischen Bergwerksgesellschaft in Dissenbergen ausgebrochen. Nach den Berichten der Tagespresse ist die Ursache des Streiks in den mangelhaften Löhnen zu suchen. Als nun am Sonntag erstmalig die Beiträge für die neu- eingeführte Ingenieurische Alters- und Invalidenversicherung abgezogen wurden, legten die Leute die Arbeit nieder. Der übergroße Teil der Hochfuhrarbeiter besteht aus Italienern, deren Organisationsverhältnis durchaus schlecht ist. Darum kam es auch zu keinem geordneten Vorstellungsverhalten, sondern die ganze Masse zog vor das Werk. Hier spielte sich dann der bei solchen wilden Streiks übliche Nadau ab, der in Tät- lichkeiten ausartete, welche sich im Laufe des Tages weiter fortpflanzten. Im ganzen sollen fünf Personen getötet und zwölf verwundet sein. Das sind außerordentlich betrübende Dinge, aus denen alle Arbeiter lernen sollten, daß mit anarchistischen Mitteln nichts zu erzielen ist. Nur durch eine starke Organisation können die Arbeiter ihre berechtigten Wünsche durchsetzen.

Sechstausend Metallarbeiter sind in Prag wegen Nichtanerkennung einer neuen Arbeitsordnung angepörrt worden. Namentlich der § 12 bildet nach der „Bohemia“ den Stein des Anstoßes. Dieser Paragraph lautet:

„Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Die ordnungsmäßige Lösung des Arbeits- und Lohnverhältnisses erfolgt gegenseitig durch sofortige Kündigung ohne Angabe des Grundes. Die Arbeiter treten nach gegebener Kündigung sofort aus der Arbeit aus, beziehungsweise werden nach der durch die Werkstätten- verwaltung erfolgten Kündigung sofort aus der Arbeit ent- lassen. Auch die mit Affordlohn entlohnten Arbeiter treten nach gegebener oder erhaltener Kündigung sofort aus der Arbeit aus, wenn auch sie die Arbeit, für welche Affordlohn vereinbart war, noch nicht vollendet haben. Bei dem Aus- tritt aus dem Arbeitsverhältnis ist der Arbeiter verpflichtet, die ihm anvertrauten Geräte und Werkzeuge bei der Werk- stättenverwaltung abzugeben. Der auf die bisher geleistete Arbeit entfallende Affordlohn wird in solchen Fällen wie folgt festgestellt: 1. In erster Reihe durch Vereinbarung zwi- schen Werkstättenverwaltung und Arbeiter. 2. Sollte eine solche Vereinbarung nicht zu erzielen sein, so wird der zu diesem Zwecke festgesetzte Stundenlohn mit der Zahl der Arbeits- stunden, welche der Arbeiter auf die in Frage stehende Ar- beit bisher verwendet hatte, multipliziert und das Ergebnis bildet den Lohnbetrag, welcher dem betreffenden Arbeiter ge- bührt.“

Die Arbeiter haben die Aussperrung mit der Einreichung von Lohnforderungen beantwortet.

Ein Menschenleben hat bekanntlich der „Putz“ der sozialdemokratisch organisierten Heizer und Maschinisten im vergangenen Frühjahr auf der Dortmunder Union gekostet. Gegen die Schuldigen wurde ein Strafverfahren eingeleitet, welches jetzt vor der Dortmunder Strafkammer zum Austrag gebracht werden sollte. Der Hauptschuldige, Maschinist Werner, ist aber gestrichet, und so wurde nur gegen den Schmit- zer Schröder verhandelt. Nach dem Prozeßbericht des „Dort- munder Generalanzeigers“ endete „die Verhandlung in Sachen Schröder mit der Freisprechung des Angeklagten, weil an- genommen wurde, daß er nur einem Befehl Folge geleistet.“

Es ist nun hauptsächlich, was die sozialdemokratische Presse sich daraus zusammenkonstruiert. Uebereinstimmend schreiben Bremer Bürgerztg., Hamburger Echo, Leipziger Volksztg. zc.: „So ist denn diese Anklage, die mit großem Lärm ... ausgesprochen wurde, elend zusammengebrochen.“

Also nach Meinung der roten Presse — allerdings derjenigen, die etwas weiter vom Schuß ist — ist nichts passiert. Das ist wieder einmal echt sozialdemokratisch. Bedeutend vorsich- tiger ist die rote „Niederheinische Arbeiterzeitung“, sie schreibt in Nr. 25: „Der Staatsanwalt beantragte 5 Monate Gefängnis, der Gerichtshof sah aber die Schuld des Angeklagten nicht als erwiesen an und sprach ihn frei.“

Auch wir sind der Meinung, daß die Schuld an dem bedauerlichen Unfall nicht den Schmitzer, sondern den Ma- schinisten trifft. Der aber hat sich — wohl im Vollgefühl seiner „Unschuld“ — der Bestrafung durch die Flucht ent- zogen. Trotzdem schwindelt die rote Presse, „die Anklage ist elend zusammengebrochen“. Das ist zwar nicht objektiv — aber sozialdemokratisch.

Die sozialdemokratisch regierte Ortskrankenkasse in Duisburg hat am 1. Januar Neuerungen eingeführt, die verdienen, einer größeren Öffentlichkeit unter- breitet zu werden. „Sogenannte kleine Arzneimittel und Ver- bandzeug werden nicht mehr in Apotheken, sondern nur noch im Verwaltungsgebäude der Kasse verabfolgt.“ Manches arme Mitglied, das weitab wohnt und vom Arzt eine Rinde oder dergleichen im Werte von 10—20 Pfg. verschrieben bekommt, muß jetzt einen stundenlangen Weg zum Kassengebäude zurück- legen oder mehr Geld für die elektrische Bahn aufwenden, wie das verordnete Heilmittel wert ist. Muß ein Kranker, der an der Stadtgrenze wohnt, in der Mittagsstunde einen Spezialarzt aufsuchen, dann kann er bis um 3 Uhr in den Straßen herumirren. Erst um diese Zeit kann er nämlich bei der Kasserverwaltung seine Medikamente in Empfang nehmen. Daß die Kasse durch die Neuerrichtung besondere Ersparnisse macht, ist ausgeschlossen, weil für Verwaltung und Ausgabe der Medikamente eine weitere Kraft nötig ist. Es ist dies eine neue sozialdemokratische „Entrechtung der Arbeiter“, eine Verächtlichmachung, wogegen die Kassemitglieder ganz entschieden protestieren.

Gemein ist's, wie sich die Genossen im Gemeinderat der Stadt Graz benehmen. Eine notwendige Steuererhöhung wollen sie durch Obstruktion hintertreiben. Die bürgerliche Mehrheit in die Obstruktion durch Dauerfragen nieder- zuwerfen. Dabei kam es, wie der „Adlonischen Volkszeitung“ geschrieben wird, zu wüsten Ausbreitungen der Sozialdemo- kraten. Das Schlimmste leitete der sozialdemokratische Ge- meinderat Paragraf, der auch Reichstagsabgeordneter ist, wäh- rend seiner Dauerred. Da ihm der Vorsitzende eine Be- dürftigkeitsfrage verweigerte, so verurteilte die Konferenz ein- fach der Saal und später drohte er in dieser Hinsicht noch eine größere Schmutzerei an. So sei dürfte noch keine

parlamentarische Körperschaft gesunken sein. Diese Gemein- heit wird von dem sozialistischen Blatte „Arbeiterwille“ mit einer gerabezu ekelhaften Breitspurigkeit gefeiert, die ein- fach nicht widerzugeben ist.

Vom Ausgang der Kölner Reichstagswahlen weiß die „Metallarbeiterzeitung“ allerlei „Moritäten“ zu be- richten. Damit nun auch die Rechtsseite der Medaille gebüh- rend beleuchtet wird, sei hier ein Borkonmiss vom Ausgang der Reichstagswahl in Mülheim bei Köln wiedergegeben. In der Schlussversammlung rief ein wackelhafter Genosse:

„Besiegt haben sie, wie ist schließlich egal!“

Die Genossen glaubten in dem Ruf einen „schwarzen Gallunten“ vor sich zu haben. „Naus mit dem Lumpen, raus mit dem Schuft! So ein Schuft!“ und dergleichen tönt es mit Donnergetöse und unheimlich dumpf durcheinander und alles, was Beine hat, Männer und Frauen, stürzten auf Tische und Stühle. Doch wach! ein Glück! Zufälligerweise hat der Vermittler die Mitgliedkarte des sozialdemokratischen Vereins in der Tasche. Man konnte sehen, so schreibt die Mülheimer Volkszeitung, er hatte entsetzliche Angst vor seinen roten „Freunden“, der Angstschweiß stand ihm auf der Stirne, hektische Röte brannte auf seinen Wangen und in seinen Augen glänzten sogar Tränen. Masch springt er auf den Tisch und in wahrer Verzweiflung greift er zum letzten Mittel, um sein Leben zu retten, und zeigt mit erhobener Hand seine Karte, auf der „Mitglied des sozialdemokratischen Ver- eins“ zu lesen war. Der „Schnuff“ und „Lump“ hat sich also als Sozialdemokrat entpuppt. Seine nächste Umgebung schreit um Ruhe, es sei ja einer von ihnen, rufen sie, andere schreien dazwischen, zumal mehrere „Damen“: „Das ist egal, nur drauf!“ Es war ein Glück für den Genossen, daß er zufällig die Karte bei sich hatte, denn ohne diese wäre er zweifelsohne niedergeschlagen worden. Vielen „Damen“ gingen die Haare wie im Gesicht und die Hände hatten sie gefrallt.

Jedes angefügte Wort würde die Wirkung dieses roten Kulturbildes abschwächen.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung ein- zuzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Weypen. Die Weypen Eisenhütte ist für Metall- arbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Zwifringen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausge- brochen. Zugang von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Siegen. Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisen- konstruktion und Bergwerke in Selsweid ist für Metall- arbeiter gesperrt.

Gebelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schür- hoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Beseitigung von Miß- ständen und Durchführung einer Lohnerhöhung im Streik.

Krefeld. Sämtliche Gießereiarbeiter der Firma Schrörs stehen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrages sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hofenstraße 12 zu melden.

Schweizer. Bei der Firma Schmidler - Mattinger Maschinenbau-Aktiengesellschaft sind Differenzen ausgebrochen. Zugang von Eisendrehern, Hoblern, Fräsern zc. ist streng fernzuhalten.

Reheim. Bei der Firma Cöppikus-Röttger sind Differenzen ausgebrochen.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. Februar 1912 der liebente Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 17. Februar 1912 fällig.

Die Verwaltungsstelle Hamm i. W. erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 20 Pfg. pro Woche ab 1. März 1912. Die Nichtbezah- lung dieses Beitrages hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Nachstehend aufgeführte Ortsgruppen haben ihre Abrech- nung vom 1. Quartal noch nicht eingesandt: Düren, Euskirchen, Düren, Jüngerdsdorf, Kettenberg. — Alme, Viesfeld, Schmelm-Gebelsberg. — Chemnitz, Dessau, Dresden, Görlitz, Plauen. — Graubenz, Königsberg. — Braunschweig, Erfurt, Lebach, Salzb. — Bremen, Delmenhorst, Norden, Rendsburg, Elmstingen. — Reiche, Theresienhütte, Wlogau. — Frankenthal, Lampertheim, Lubwigshafen, Neustadt a. Haardt, Eins- heim, Annweiler. — Landsbut, Lausen, Linden, München, Straubing. — Erlangen, Fürth, Regnitz, Schönebühl, Weiber- hammer. — Hanau, Oberndorf, Wiesbaden. — Eßlingen, Fal- lau, Freiburg, Furtwangen, Göppingen, Konstanz, Lauter- bach, Lorrach, Neustadt/Baden, Forzheim, Rheinfelden, Stutt- gart, Trierberg. — Kaiserlautern, Zweibrücken.

Außerdem fehlen von einigen größeren Verwaltungsstellen die zur Abrechnung gehörenden Mitgliederlisten, die Aufnahme- listen resp. die Quittungen.

Im Interesse einer geordneten Durchführung und rech- tzeitiger Erledigung der Jahresabrechnung an der Zentrale ist es unbedingt notwendig, daß die noch fehlenden Abrech- nungen resp. Listen und Quittungen umgehend eingesandt werden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Kuppigteroth. Zu der auf Sonntag, den 21. Januar anberaumten Generalversammlung waren die Mitglieder fast vollständig erschienen. Der Vorsitzende hieß sie recht herzlich willkommen. Aus dem Jahresbericht, den Kollege Orth erstattete, war zu ersehen, daß unsere Ortsgruppe nicht nur finanziell, sondern auch an Mitgliedern gewachsen ist. Es

Neuaufnahmen waren im verfloffenen Jahre zu verzeichnen. An Unterstützungen waren insgesamt 230,13 M. ausgezahlt worden. Für einen Teil unserer Mitglieder wurde im Frühjahr 1911 ein Antrag auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der gräflichen Verwaltung eingereicht. Dierdurch wurde für diese eine Lohnaufbesserung von 50 Pfg. erzielt. Leider steht der größte der Arbeiter unserer Bewegung noch fern. Mit Freuden nehmen sie die Lohnaufbesserung hin. Aber mit einzutreten in die Reihen unserer christlichen Gewerkschaftler, ein Opfer zu bringen, ihre Kollegen im Kampfe um ihre eigenen Interessen und die Interessen des gesamten Arbeiterstandes zu unterstützen, dazu sind sie nicht bereit. Die Vorstands- resp. Vertrauensmännerwahlen, sowie die Wahl der Delegierten zum Kartell verlief recht leibhaftig.

Zum Schluß richtete der Vorsitzende einen kräftigen Appell an die Kollegen, im neuen Jahre noch mehr wie im verfloffenen agitatorisch tätig zu sein. Ehrenpflicht eines jeden Mitglieds muß es sein, alle Kräfte soweit wie möglich in den Dienst der Bewegung zu stellen und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Kollege für unsere Sache als Mitstreiter gewonnen ist.

Adm. Ehrenfeld. Unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen fand am 21. Januar die Generalversammlung unserer Ortsgruppe statt. Kollege Marx erstattete zunächst den Tätigkeitsbericht, woraus zu entnehmen war, daß die Ortsgruppe wieder um ein gutes Stück vorangekommen ist. Besonders freudig wurde der Erfolg der sich stetig aufwärtsentwickelnden Jugendsektion begrüßt. Aber ein großes Feld ist noch zu bearbeiten, bis der letzte christliche Kollege für unsere Sache gewonnen ist. Dazu ist aber die Mitarbeit aller Kollegen notwendig. Bei der darauffolgenden Vorstandswahl wurde der größte Teil der alten Kollegen wiedergewählt. Kollege Döring wies in seinem Vortrage auf die von allen Seiten herankommenden Gegner der christlichen Gewerkschaften hin. Er zeigte Mittel und Wege, welche eingeschlagen werden müssen, um unserer Bewegung zum Ziele zu verhelfen. Besonders muß jeder Kollege bemüht sein, tatkräftig mitzuarbeiten als Agitator oder Vertrauensmann. Nicht nur im engeren Kreise muß die Werbearbeit betrieben werden, auch der ländlichen Arbeiter muß gedacht und auch bei diesen unseren Idealen Eingang verschafft werden. Selbstverständlich darf die Jugend nicht vernachlässigt werden, wollen wir uns einen kräftigen Nachwuchs sichern.

Darum auf, Kollegen von Ehrenfeld, seht die gefasteten Vorzüge und Beschlässe in die Tat um. Stellt alle eure Kraft in den Dienst der guten Sache. Sucht Schulung in den Versammlungen. Defet das Verbandsorgan. Erweitert euer Wissen durch eifrige Inanspruchnahme unserer Bibliothek. Werbet neue Mitglieder. Arbeitet wader mit als Vertrauensmänner, dann wird der Erfolg sicher nicht ausbleiben. Uns zu Ruh, dem Gegner zum Trutz!

Elfen. Kleingewerbe. Das Jahr 1911 war für die Kollegen der Elfenere Kleinbetriebe von Wichtigkeit. Während bis zur Hälfte des vor. Jahres nur noch eine allgemeine Sektion bestand, sind heute in allen Branchen Abteilungen eingeführt. Dadurch ist der Agitationsgeist bedeutend gehoben worden. Wir können daher auch über gute Fortschritte berichten.

Am 1. Januar zählte die Sektion 95 Mitglieder. Neuaufnahmen wurden im vergangenen Jahre 233 gemacht, das sind zusammen 328 Mitglieder. Abgereist und gestrichen sind 93 Mitglieder, bleibt ein Mitgliederbestand von 235; das macht eine Zunahme von rund 140 Prozent. Das Gewerkschaftsleben spielte sich hauptsächlich in den Versammlungen ab. Es wurden abgehalten: Gemeinsame Mitgliederversammlungen 18, Branchenversammlungen für Schlosser 11, Schmiede 12, Klempner 6, Elektromonteur 13, Heizungsmonitore 4. Desfentliche Versammlungen fanden 9 statt. Werkstattbesprechungen: Schlosser 7, Schmiede 5, Klempner 3, Elektromonteur 1. Vorstands- und Vertrauensmännerwahlen 6. Sonstige Sitzungen 12. Das macht zusammen 107 Versammlungen und Sitzungen. Der Versammlungsbesuch ließ manchmal viel zu wünschen übrig.

Bewegungen wurden geführt bei der Firma „Gebrüder van Eupen“, Wagenfabrik und Fußbeschlag. Hier wurde den Arbeitern im Februar eine neue Arbeitsordnung mit bedeutenden Verschlechterungen der bisherigen Zustände zur Unterschrift vorgelegt, die aber von den Arbeitern verweigert wurde. In einer Eingabe wurden der Firma seitens der beteiligten Organisationen Abänderungsvorschläge unterbreitet. Die Firma lehnte ein Verhandeln mit den Vertretern der Organisationen ab, erklärte sich aber bereit, mit einer gewählten Kommission ihrer Arbeiter zu verhandeln. Der Erfolg war, daß in den meisten Punkten eine Einigung erzielt wurde. Während früher Strafgebühren erhoben wurden, ohne den Arbeitern mitzuteilen wozu diese verwandt wurden, ließen sie jetzt in eine Kasse zur Unterstützung hilfsbedürftiger Arbeiter und deren Familie. Die Revision dieser Kasse erfolgt halbjährlich durch den Vertreter der Firma und den Arbeiterausschuß. Der Arbeiterausschuß wurde erst durch die Bewegung eingeführt. Ebenfalls wurde eine bessere Regelung der Arbeitszeit auch bei e. Umfragen herbeigeführt. Ein Versuch, auch eine Erhöhung der Löhne bei dieser Gelegenheit zu erreichen, hatte nicht den gewünschten Erfolg.

Im Laufe des Sommers trat deshalb der Arbeiterausschuß an die Firma heran mit der Forderung, die Stundenlöhne um 5 Pfg. zu erhöhen. Erreicht wurde eine Lohn-erhöhung für sämtliche Handwerker von 3 Pfg. pro Stunde. Das macht allein für die 18 dort beschäftigten Schmiede, bei 10stündiger Arbeitszeit ein Mehrverdienst von 1620 M. pro Jahr oder pro Kopf 90 M. In unserem Verband waren zurzeit dort 11 Kollegen organisiert.

Eine weitere Bewegung wurde von den Huf- und Wagen-schmieden der Innungsbetriebe eingeleitet. Trotzdem der Vorstand der Innung die eingereichten Forderungen als gerecht anerkannt hatte, lehnte die Innungsversammlung sämtliche Forderungen als unberechtigt ab. Die Gesellen zogen vor, da nur 50 Prozent organisiert waren, den alten bis dahin bestehenden Vertrag um ein Jahr zu verlängern. Ganz ohne Erfolg ist die Bewegung trotzdem nicht gewesen. Der alte Vertrag wird heute fast in allen Werkstätten eingehalten, was früher nicht der Fall war. In Betrieben mit guten Organisationsverhältnissen haben die Kollegen nachträglich eine Erhöhung der Löhne gefordert und auch erhalten. Also ganz zwecklos war die Bewegung nicht, wenn sie auch noch nicht den vollen Erfolg brachte. Sie hat uns ferner gezeigt, daß nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation die Verhältnisse zu bessern sind.

Unsere Kollegen waren auch an zwei Gesellenauschüßwahlen beteiligt. Bei der Gesellenauschüßwahl zur Schmieco-Innung wurden unsere Kollegen glatt gewählt. Von größerer Bedeutung war die Wahl des Gesellenauschüßes zur Klempner-Innung. Hier hatte sich der einstige Bevollmächtigte des

sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Hofmeister, mit einem Stab seiner Getreuen, auch nicht Wahlberechtigten, eingefunden, die sich schon vor der Wahl des Sieges freuten. Als aber dann die Kandidaten des christlichen Metallarbeiterverbandes mit 19 Stimmen gewählt wurden, schlug die Siegestimmung in Wut um. Der Genosse ließ sich sogar zu Tätlichkeiten gegenüber christlich-organisierten Kollegen herbei. Wären unsere Kollegen genau solche „Kulturhelden“ und Rom-bids gewesen wie die Genossen, dann wäre in diesem Falle eine wilde Keilerei entstanden. Genosse S. verließ, als ihm der Boden zu heiß wurde, mit seinem Anhange das Lokal. Dieser Fall wurde nachträglich von uns in der Tagespresse, sowie auch in einer gutbesuchten öffentlichen Klempnerversammlung genügend gebrandmarkt.

So sind wir denn im vergangenen Jahre auf dem Posten gewesen. Wir haben ein Jahr reger Verbandsstätigkeit hinter uns. Alle Berufe sind am Fortschritt unserer Sektion beteiligt. Nur bei den Kunst- und Bauhölzern will es noch nicht recht klappen. Hier fehlt es an den nötigen Mitarbeitern. Aber auch die Schlosser müssen sich endlich aufrufen und sich gewerkschaftlich organisieren. Ohne starke gewerkschaftliche Organisation werden wir keine besseren Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeiführen können. Entweder wir organisieren uns und arbeiten mit an der Ausbreitung unseres Verbandes, oder wir lassen die vielen alten Mißstände in den Betrieben bestehen.

Kollegen des Kleingewerbes! Vorwärts ist's gegangen im vorigen Jahre, vorwärts muß auch in diesem Jahre unsere Parole lauten. Wenn alle mitarbeiten, werden wir ein halbes Tausend Mitglieder in diesem Jahre erreichen, um so, gleich den Kollegen in den Groß- und Mittelbetrieben, für das Wohl unseres Standes wirken zu können.

Hamm (Weiß). Unsere Ortsverwaltung hielt am Sonntag den 28. Januar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der vom Vorsitzenden gegebene Jahresbericht zeigt auch im verfloffenen Jahre ein rüstiges Vorschreiten. Der Hauptkassentruß betrug 22930,40 M. überwiesen werden, 7600 M. floßen den Mitgliedern in Form von Unterstützungen direkt wieder zu. Krankmeldungen erfolgten im Jahre 226. Die Büro-tätigkeit spiegelte sich in folgenden Zahlen wieder: Ausgänge an Briefen 567, Karten 384, Paketen 28, Drucksachen 3485. Außerdem wurden 16300 Verbriefungen hergestellt. Versammlungen wurden abgehalten: Desfentliche 5, Mitglieder-versammlungen 139, Vorstands- und Vertrauensmänner-versammlungen 42, Werkstattversammlungen 287.

Das verfloffene Jahr war überaus reich an Bewegungen. Ueber 700 Kollegen wurden nennenswerte Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zuteil. Abgesehen von vier wurden sämtliche Bewegungen auf friedlichem Wege erledigt. Zu den verschiedenen Fragen, die im Laufe des Jahres auf-tauchten, wurde Stellung genommen. Die bekannten Bestrebungen der Kriegervereine betreffs Einführung einer Unter-sützungskasse, wurden von unseren Mitgliedern in den einzelnen Kriegervereinen mit Nachdruck bekämpft.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes mit Ausnahme der Kollegen Spelsberg und Rogge, an deren Stelle die Kollegen Hiesfeld und Hemle gewählt wurden. Hierauf nahm Kollege Hiesfelder das Wort, um in kurzen markigen Worten die gegenwärtige Situation zu beleuchten und den Kollegen den Ernst der Lage vor Augen zu führen. Wollten wir auch in Zukunft die Interessen der Mitglieder mit Nachdruck und Erfolg vertreten können, und bei allen Eventualitäten gerüstet sein, müsse neben der Gewinnung neuer Mitglieder die finanzielle Stärkung unseres Verbandes unsere vornehmste Sorge sein. Nach einer aus-giebigem Diskussion wurde darauf beschloffen, ab 1. März den Beitrag um 10 Pfg. pro Woche zu erhöhen.

Kollegen, der Jahresbericht hat gezeigt, daß unsere Orts-verwaltung auch im verfloffenen Jahre eine intensive Tätig-keit zur wirtschaftlichen und geistigen Hebung der Mitglieder entfaltet hat. Durch den Beschluß der Beitragserschöpfung hat ihr die Situation richtig erfaßt und daß die Hammer Ortsverwaltung in Punkt O Opferwilligkeit nicht an letzter Stelle steht. Und nun mit frischem Mut ins neue Jahr hinein. Es heißt jetzt auch die anderen Kollegen, die nicht in der Versammlung waren, aufzuklären, daß dieser Beschluß ganz allein in ihrem ureigenen Interesse liegt, daß nur die Geschäfte des Arbeitgebers besorgt werden, wenn durch Mangel an Opfermut oder durch ein überspanntes Unter-sützungswesen die Kriegskasse nicht die notwendige Stärkung erfährt.

Laßt euch auch nicht einfeifen von jenen, die immer ihre niedrigen Beiträge ins Feld führen. Denkt an den billigen Jakob auf der Kirme, der auch viel „billiger“ verkauft und dabei „bessere“ Ware anbietet als das leistungsfähigste Kaufhaus. Die billige Rauschware ist immer noch die teuerste. Das Sprichwort sagt hiermit mit Recht, „das Teuerste ist immer das Billigste.“ Nur ganz Dumme können glauben, daß man mit 40 Pfg. daselbe oder gar noch mehr leisten kann wie andere Leute mit 80 Pfg. Eine große Sache kann nur mit großen Opfern errungen werden und ein Stand, der nicht willens ist die notwendigen Opfer zu bringen, ist nicht wert, seinen Platz an der Sonne zu behaupten, und von den übrigen Ständen als gleichwertig und gleichberechtigt angesehen und behandelt zu werden.

Kollegen, täuschen wir uns nicht. Noch große Aufgaben harren unser. Wollten wir sie mit Erfolg lösen, dürfen wir uns nicht von kleinlichen Bedenken und Erwägungen leiten lassen. Nur immer das große Ziel vor Augen, keine Mühen und Opfer scheut, mit Idealismus und jäher Ausbauer an die Gewinnung neuer Mitglieder heranzutreten, dann werden wir, ehe das Jahr 1912 zu Ende geht, das zweite Tausend über-schritten haben.

Stolberg. Unverständlich ist es der hiesigen Arbeiterschaft, daß die Firma William Rehm zu Weihnachten an über 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen eine Teuerungszulage von 135 000 Mark verteilt und nachher — in den verschiedensten Abteilungen Lohnabzüge von 20 Prozent und mehr vornimmt. Daneben wird dann noch seitens der Firma versucht, den Arbeitern Verständnis für gelbe, sogenannte Werkvereine beizubringen. Letztere sollen, so wird behauptet, den beiderseitigen Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer am besten gerecht werden. Diese Bestrebungen bildeten den Anlaß für uns, in einer Versammlung für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Rehm'schen Fabrik einmal das Thema Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausführlich zu behandeln. In einem ausführlichen Referat führte Kollege Schimmer dazu sinngemäß folgendes aus:

„Die Bedeutung des Kapitals im allgemeinen wissen wir als Arbeiter zu schätzen. Wir wissen als Arbeiter, daß ohne Kapital eine Wirtschaftsweise wie die heutige nicht zu führen ist. Wir wissen auch, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftsweise ein starkes Kapital eine unbedingte Notwendig-

keit ist, also daß für die Allgemeinheit ein starkes Kapital vorhanden sein muß, ein Kapital, das es ermöglicht, auch dem Wolfe Arbeitsgelegenheit und Brot zu verschaffen. Der einzelne Arbeiter mit seiner Arbeitskraft ist, will er letztere zur Geltung bringen für sich und die Allgemeinheit, auf das Kapital angewiesen. Seit jeher hat es das Kapital es wahrgenommen, daß der einzelne Kapitalist, der einzelne Arbeitgeber, im Betriebe des wirtschaftlichen Lebens zum Spielball wurde, gerade so wie der vereinzelt dastehende Arbeiter.

Die Arbeitskraft wurde zu der Zeit, als die Aktiengesell-schaften sich zu bilden begannen, nicht so hoch eingeschätzt wie heute. Der Arbeiter lebte mehr vereinzelt; man kannte Betriebe bis zu 5000, bis zu 10 000 Personen damals nicht. Der Arbeiter war mehr auf sich selbst angewiesen, der Arbeiter kannte auch damals den Zusammenschluß der Arbeit, den gewerkschaftlichen Zusammenschluß noch nicht. Das hatte zur Folge, daß die Arbeiterschaft der Willkür mancher Arbeit-geber vollständig überliefert war, daß der einzelne Arbeiter sich nicht so zur Geltung bringen konnte. Der Kleinbetrieb wurde dann immer mehr ersetzt durch den Großbetrieb. Der Arbeiter fühlte mehr und mehr, daß er vereinzelt zur Ohnmacht verurteilt war, daß er gegenüber einem zusammengefloffenen Kapital eine Null war. Die vollständige Abhängigkeit des Arbeiterstandes führte dazu, daß diese Ursachen auch den Organisationsgedanken innerhalb des Arbeiterstandes wachte-ten. Die Arbeitskraft fängt also an, daselbe zu tun, was das Kapital, was der Arbeitgeber schon längst getan hat, sich zu organisieren, sich zusammenzuschließen. Mit dem Augen-blick aber, wo die Arbeiter anfangen, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sehen wir, daß es die Arbeitgeber nicht dabei bewenden lassen das Kapital zu konzentrieren, nein, sie schaffen Arbeitgeberverbände, Kampfverbände gegen die Arbeiterforderungen.

Das Kapital hat sich aber auch noch weitere Organisa-tionen geschaffen, Kartelle und Syndikate, um Produktion und Absatz bringen die Arbeitgeber ihr eingezehes Kapital zur Geltung; sie schreiben den einzelnen vor, das und das darfst du nur herstellen, und soviel darfst du in das Aus-land abführen, nicht mehr und nicht weniger. Dagegen haben wir als Arbeiter nichts einzuwenden. Denn eine Regelung auf diesem Gebiete kann, wenn sie vernünftig durchgeführt ist, vor größeren Krisen bewahren, und es gereicht das der ge-samten Volkswirtschaft zum Vorteil und damit auch zum Vorteil der Arbeiterschaft. Eine gegenseitige Anerkennung mit Aus-schaltung aller Klassenkämpfe kann der Gesamtheit nur dienlich sein.

Wir finden aber anstatt der Anerkennung der Organisation der Arbeiter, statt der Anerkennung des einzelnen Arbeiters in der Organisation das gerade Gegenteil. Wir finden, daß die Bekämpfung der Arbeiterrechte sich täglich wiederholt. Wir finden, daß man dem Arbeiter die durch den § 152 der Gewerbeordnung gewährte Koalitionsfreiheit streitig macht oder verkümmert. In der Auswahl der Mittel zur Bekämp-fung ist man nicht wählerisch gewesen, wir kennen ganze Ausperrungen, wir kennen das Lizenzhem und dergl. Alle diese Mittel lassen nicht schließen auf eine Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation. Es berührt uns gewissermaßen komisch, daß man daselbe Recht, das man für sich in An-spruch nimmt, dem Arbeiter streitig machen oder verküm-mern will.

Die gewerkschaftliche Organisation legt besonderen Wert darauf, Standesbewußtsein, Standesstolz und Standesehre der Arbeiter zu fördern. Was ist der Unorganisierte? Er ist ein Schädiger seines Standes. Er ist derselbe, was auf der anderen Seite der Arbeitgeber ist, der nicht organisiert ist. Der unorganisierte Arbeitgeber hat in vielen Fällen kein Verständnis dafür, daß er durch sein Meinestehen den ge-samten Arbeiterstand schwer schädigt, daß er durch sein Meinestehen die Willkür des Arbeitgebers seinem Stande gegen-stärkt. Dem unorganisierten Arbeiter aber, dem jedes Ver-ständnis abgeht für seine Lage, dem geht auch jedes Ver-ständnis ab für das, was sein Gewerbe und die Allgemeinheit von ihm verlangen muß. Wenn es ihm gerade paßt, geht er mit dem Arbeitgeber gegen seine Standesgenossen durch und dünn, er ist aber auch der, der, wenn es darauf an-kommt, den Arbeitgeber verrät. Das haben Personen gesagt, die nicht Arbeiter sind und die eine derartige Erfahrung hinter sich haben.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß das Kapital eine Notwendigkeit ist, es geht daraus hervor, daß die Arbeits-kraft darauf angewiesen ist, sich dem Kapital zuzufellen. Umgekehrt ist das Kapital darauf angewiesen, sich der Ar-beitskraft zuzufellen, um so gemeinsam zu arbeiten. Wir haben gegenseitige Interessen als Arbeitgeber und Arbeit-nehmer, wir haben gemeinsame Interessen. Uns gegenseitig an-erkennend können wir für beide Stände Hervorragendes leisten. Aber wir finden, daß es sich heute gerade dreht um die gegenseitige Anerkennung, vor allen Dingen um die Aner-kenning des gewerkschaftlich organisierten. Als gewerkschaft-lich organisiert wollen wir uns als Arbeiter anerkannt wissen, gerade so wie wir die organisierten Arbeitgeber anerkennen. Wir haben niemals dem Arbeitgeberem Vorwissen gemacht in seiner Organisation, wir können aber auch verlangen, daß man uns auch als freie deutsche Arbeiter auf diesem Ge-biete unsere volle Freiheit läßt. Aus dem Gesagten geht ferner hervor, daß wir als Arbeiter immer mehr den gewerkschaftlichen Zusammenschluß fördern müssen.“ Mit einem Appell an alle, die noch nicht der Organisation angehören, sich anzuschließen, schloß der Referent seine Ausführungen.

Das Ergebnis der sehr gut besuchten Versammlung war, daß sich eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen unserem Verbande anschlossen. Es muß nun Aufgabe aller Kollegen und Kolleginnen sein, die notwendige Aufklärung in die Ar-beiterschaft hinauszutragen. Die Erfahrung lehrt, daß je stärker die Organisation ist, um so mehr versucht wird, sie zu unter-brücken. Hoffentlich sind diese Bestrebungen der Arbeitgeber dazu angetan, die Stolberger Metallarbeiterchaft reiflos un-serem Verbande zuzuführen.

Mittling. Die Arbeiter der Firma „Maschinenfabrik Götter A.-G.“ wurden schon des öfteren mit Akkordreduktionen bedacht. In letzter Zeit scheint es dort zur Gewohnheit zu werden, ohne jegliche Verständigung der Arbeiter oder des Arbeiterausschüßes, Abzüge an den Akkordpreisen vorzuneh-men. Nicht unbeachtet konnte dieses Vorgehen der Firma bei den Kollegen und ihrer Organisation bleiben. Leider muß aber gesagt werden, daß das Gros der Arbeiter der Organisation feindlich gegenübersteht; viele jedoch gut den Weg zu unserem Vorstand finden, wenn es gilt, Verschlechter-ungen abzuwenden oder Neuerungen den Weg zu ebnen. Am 27. Januar hielten wir nun eine Fabrikversammlung ab, in welcher Kollege Wagner-München über „Arbeiterschaft und Lohnreduktion“ sprach. Rechner schilderte die Entwicklung im

Wirtschaftsleben und betonte mit Nachdruck Brod und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Wenn die Firma Osterer noch willkürlich, ohne Rücksichtnahme mit den Arbeitern Vorkordabzüge machen könnte, so trage daran die Gleichgültigkeit des größten Teiles der Arbeiter die Schuld.

Diese Ausführungen fanden in der Diskussion allseitige Zustimmung. Zweck der Beteiligung der Arbeiter an der Arbeiterauswahl der Firma bestimmte, in der Versammlung festgelegte Vorschläge der Arbeiter unterbreiten und das Ergebnis der Verhandlung mit der Firma der nächsten Fabrikversammlung vorlegen.

Freiburg i. B. Unsere auf den 27. Januar einberufene Generalversammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Das wir ein Jahr reger gewerkschaftlicher Arbeit hinter uns haben, zeigte der Jahresbericht, über den unser 1. Vorsitzender, Kollege Lauterwasser, referierte.

Der Kassenbericht, den Kollege Tränkle erstattete, zeigte, daß wir im vergangenen Jahr gute Fortschritte gemacht haben - eine Mehreinnahme von rund 1100 M. bestätigte dies - dagegen waren erfreulicherweise die Ausgaben um etwa 100 M. kleiner als im Vorjahr.

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des 1. Vorsitzenden Kollegen Lauterwasser, sowie des 2. Vorsitzenden Kollegen Pfister. Als Kassierer wurde an Stelle des ausscheidenden Kollegen Tränkle der Kollege H. Kiesel und als Schriftführer Kollege Midl neu gewählt.

Literarisches.

Ein Duell reinster, edelster Freude, ein vornehmtes Fraßstücken ist von der Gesellschaft für christliche Kunst mit der Herausgabe ihres neuesten Heftes über Moritz von Schwind dem Volke wiederum eröffnet worden.

Liste der gewerblichen Gifte und anderer gesundheitsgefährlicher Stoffe, die in der Industrie Verwendung finden. Nach den Beschlüssen des Komitees der Internationalen Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz...

Die Internationale Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz hat von Anfang an in ihr Arbeitsprogramm auch den Schutz der durch gewerbliche Gifte gefährdeten Arbeiter aufgenommen.

Diese „Giftdiät“ liegt nun vor und die Namen der Fachmänner aller Länder, die bei ihrer Bearbeitung beteiligt waren, leisteten für ihre sorgfältige Bearbeitung volle Gewähr.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse.

— Monat Januar 1912 —

- Amern 98,16, Delbe 600, Rheine 29,45, Krumbach 23,90, Gmünd 45, Effen 250, Hedderheim 135,22, Klein-Steinhelm 68,55, Durlach 4, Unterföcken 103,18, Bromberg 1,85, Grevenbroich 29,61, Mötting 75,80, Ulm 200, Groß-Neubau 54,30, Eßlingen 80, Söben 3,50, Papenburg 178,33, Markt-Redwitz 110,10, Landsberg 42,75, Lauen 17,80, Büttstadt 99,38, Meißner 3,30, Singen 34,87, Wolfenbüttel 5,95, Ogersheim 15, Fulda 11,20, Dülken 11,90, Quakenbrück 132,99, Berlin 800, Stettin 187,98, Halle 97,87, Wachen 1800, Söben 400, Mainz 166,23, Hammerau 27,40, Düsseldorf 3133,35, Mannheim 1200, Radolfzell 204,55, Niederreienberg 181,92, Samn 2684,73, Duisburg 1600, Ogersheim 168,53, Dresden 6,60, Altenau 7,99, Hagen 600, Wilhelmshafen 216,34, Söben 130,15, Eilenach 268,92, Osnabrück 1408,26, Bamberg 188,26, Amberg 26,30, Schwabach 355,34, Augsburg 726,85, Ober 7,20, Ramin 27,39, Hünningen 25,84, Glauchau 24,87, Mühlhausen i. Th. 117,68, Duisburg 1538,83, Papenburg 3,20, Gelmeyer 105,96, Niederlosse 164,94, Reichenstein 26,91, Laurahütte 49,16, Solingen 1000, Eupen 206,04, Menden 1679,20, Heideberg 174,86, Hannover 325, Dinklage 486,33, Saltern 158,54, Durlach 200, Nürnberg 547,10, Helmstadt 36,28, Oberried 148,39, Freiburg 300, Saarbrücken 1500, Rastau 78,74, Darmstadt 50,86, Karlsruhe 396,46, Kassel 207,18, Dattlingen 315,55, Schramberg 189,82, Schussenried 228,65, Elbing 726,20, Königshuld 7,77, Hamn 1000, Inggolstadt 50, Weisau 679,65, Stromberg 137,03, Dingelstadt 700,11, Mühlhausen i. C. 476,04, Münster i. W. 256,12, Bochum 1671,83, Regensburg 283,67, Bergen 94,65, Gmünd 1100, Eilenburg 81,29, Leipzig 169,45, Wittingen 214,33, Durlach 21,50, Koblenz 13,24, Waagen 73,39, Freiling 154, Roth 118,87, Dortmund 1000, Hoppede 200,05, Eilenburg 830,38, Amberg 1844,79, Landau 80,41, Offenbach a/M. 634,48, Böhrenbach 108,39, Hamburg 483,94, Flensburg 285,13, Hagen 1400, Sonthofen 94,73, Grevenbroich 370,76, Delbe 671,70, Mannheim 25,45, Ulm 122,44, Wafferaffen 856,09, Lehe 84,50, Föhrde 118,65, Oker 204,57, Coesfeld 13,46, Magdeburg 538,96, Hötensleben 82,26, Bocholt 235,77, Rampertheim 100, Rabensburg 404,65, Göttingen 270,78, Kiel 287,72, Dülmen 588,27, Singen 228,30, Heilbronn 225,84, Disberg 23,06, Rheim 2364,94, Frankfurt a. M. 359,24, Effen 6374,51, Guttenbach 190,05, Duderstadt 73,92, Hannover 400, Lippstadt 1207,94, Hörtel 21,50, Olpe 352,95, Straßburg 94,50, Fulda 406,72, Dangig 479,84, Seher 67,35, Köln 8543,27, Wachen 3426,62, Verdohl 279,40, Dortmund 2957,54, Warrlein 269,45, Worms 75, Berlin 474,71, Nürnberg 8,05, Düsseldorf 1742, Berlin 72,85, Straßburg 4,30, Gelsenkirchen 1148,20 Mark.

Sterbetafel.

- Notz bei Nürnberg. Am 29. Januar starb unser Kollege Marcus Meyer im Alter von 33 Jahren an Lungenentzündung.
Hagen-Altenhagen. Am 2. Februar starb unser treuer Kollege Heinrich Budde im Alter von 35 Jahren nach langem schweren Lungenleiden.
Mannheim. Am 2. Februar starb infolge eines Unfalles unser treuer jugendlicher Kollege Franz Weiß im Alter von 18 Jahren.
Solingen-Richrath. Am 23. Januar starb unser Kollege Ludwig Foch, Reider, im Alter von 36 Jahren an Unterleibsentzündung.
Machen. Am 28. Januar starb unser treuer Kollege Peter Stein an einem schweren Magenleiden im Alter von 53 Jahren.
Remmigen. Am 27. Januar starb unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Ortsgruppe Thomas Reichel im Alter von 37 Jahren infolge Herzleidens.
Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten.

An Mehrere: Einige Berichte müßten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen!
Versammelt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
Freitag, den 9. Februar.
Saltern. Abends 8.30 Uhr bei Gottfried Böhrner, Reutemstr.
Samstag, den 10. Februar.
Akkordärbe. Abends 8.30 Uhr bei G. Seeler, am Brink.
Berlin-Norden. Abends 8.30 Uhr bei E. Hebe, Hufschmiedstr. 45.
Göhlen. Abends 9 Uhr bei E. Klein, Kleinenstr.
Düsseldorf-Berendorf. Abends 9 Uhr bei Dierling, Ede Münster- und Barbarastr.
Düsseldorf-Verken. Abends 9 Uhr bei Heßhaufen, Cölnenerlandstraße 200.
Düsseldorf-Holthausen. Abends 9 Uhr bei Blau, Düsseldorfstraße 232.
Duisburg-Kleinwerbe. Abends 8.30 Uhr bei Hafertamp, Ede Friedrich-Wilhelm- und Wallstraße.
Eilenach. Abends 8.30 Uhr im „Rehmarischen Hof“.
Hagen-Kleinwerbe. Abends 8.30 Uhr bei Knabenbauer, Hochstr.
Köln-Stadt. Abends 9 Uhr Generalversammlung im Bierhof, Breitestr.
Köln-Indenthal. Abends 9 Uhr bei Sadelber, Bachemerstr. 120.
München. Abends 8 Uhr im Gasthaus „Reppoldstadt“, Genselenderstraße 11 Vortrag des Herrn Rechtsprakt. Weber über „Die Rüste“.
Solingen-Sagan. Abends 8.30 Uhr bei Krahlwulfel.
Sonthofen-Buffenhäuser. Abends 8.30 Uhr in der Traube.
Tübingen. Jeden 2. Samstag im Monat.
Worms. Generalvers., abends 8.30 Uhr im Herrnteller, Schmitzstraße. Referent: Kollege Scherer.
Sonntag, den 11. Februar.
Andernach. Vorm. 11 Uhr im Hotel Hannu.
Bocholt. Generalvers., vorm. 11.15 Uhr in der „Stadt Münster“, für die Hülshorger Kollegen um 5 Uhr bei Römer. Referent Kol. Straßler-Essen.
Bettum. Generalvers., vorm. 11 Uhr bei G. B. Schulte, am Markt.
Bromberg-Niederzissen. Nachm. 4.30 Uhr in Niederzissen.
Frankfurt. Nachm. 3.30 Uhr im Schützenhaus „Weißend“. Ref. Kol. Galtowitz-Danzig.
Weiden-Röhren. Generalvers., nachm. 4 Uhr bei Gung in Röhren, u. a. Vortrag über die wirtschaftliche Lage der deutschen Lokomotivbranche.
Duisburg-Ortsverwaltung. Jahres-Generalvers., nachm. 8 Uhr im Bürger, Köhneustr. Ref.: Bezirksleiter Grotzler-Essen.
Düren. Generalvers., vorm. 11 Uhr bei Gohr in Hülshor.
Düsseldorf-Eller. Generalvers., vorm. 11 Uhr bei Saasewelt, Gumbelstraße 120.
Düsseldorf-Overhoff. Vorm. 11 Uhr bei Boffen.
Düsseldorf-Verdt. Vorm. 11 Uhr bei Büßen Grefelderstraße 81.
Düsseldorf-Wiederich. Vorm. 11 Uhr bei Delmes-Meer.
Effen-Elektromonteur u. Helfer. Vorm. 10.45 Uhr bei Schmitz, Steelerstraße 61.
Effen-Altendorf. Generalvers., abends 7 Uhr bei Wint.
Effen-Borbeck. Vorm. 11 Uhr bei Wölhoff.
Effen-Bottrop. Jugendvers., nachm. 3.30 Uhr bei Trogemann.
Effen-Carnay. Nachm. 5 Uhr bei Kuppe.
Effen-Dittrop. Abends 8 Uhr bei Staitrop, Steelerstraße.
Effen-Kettwig. Vorm. 11 Uhr bei Bachmiller.
Effen-Lordoi. Nachm. 7 Uhr bei Winterhof, Stoppenbergerstraße.
Effen-Verden. Vorm. 11 Uhr bei Pattberg.
Effen-Genararbeiter. Nachm. 3 Uhr, Frohnhauserstraße 19.
Führt. Nachm. 3 Uhr im Gelsenhaus.
Gelsenkirchen-Ortsverwaltung. Vorm. 11 Uhr bei Dirkes, Ref. Kollege Engel-Bochum.
Hacht a. M. Generalvers., nachm. 3 Uhr im Gasthaus zur Rose.
Hagen. Nachm. 5 Uhr im Kaiserkrantz der Wwe. Zellhauer, Eberfelderstraße, Generalversammlung für den ganzen Verwaltungsbereich.
Hannoversch. Versamml., im kath. Vereinshaus.
Karlsruhe. Vorm. 10 Uhr im „Altenheim“ Vorst. n. Bezirks-Sitzung. Errechnen mit dem Hauptkassierer.
Köln-Südt. Morgens 11 Uhr bei Breuer, Berrenzatherstr.
Mühlheim-Bohneide. Generalvers., morgens 10 Uhr bei Götzel.
Mühlheim-Rhein. Generalvers., nachm. 3 Uhr bei Heßholz, Regententstraße 9.
Mühlheim-Dellbrück. Generalvers., abends 6 Uhr bei Krichltdgen.
Stettin. Nachm. 3 Uhr mit Frauen bei Zischke, Reuestraße 2. Ref. Kollege Müller. Nachher gemütliches Beisammensein.
Sonthofen. Generalvers., nachm. 2.30 Uhr.
Straubing. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“.
Siegburg. Generalversammlung mit Vortrag, abends 6 Uhr im Lokal „Minoretten“.
Unterföcken. Generalvers., nachm. 3 Uhr im Lokal. Referent Kol. Gengler.
Dienstag, den 13. Februar.
Remmich. Abends 9 Uhr Sitzung der Agitationskommission, „Drei Schweiger“.
Mittwoch, den 14. Februar.
Karlsruhe-Ettlingen. Abends 8 Uhr im „Witben Mann“, mit Geschäftsbericht der Ortsverwaltung.
Freitag, den 16. Februar.
Chemnitz. Generalvers. im „Preussischen Hof“, Brauhausstraße 13. Wichtige L.-D.
Samborn. Abends punkt 8 Uhr Versammlung der Vorstandsmitgl., Vertrauensmänner und Kartelldelegierten bei Freundlich am Neumarkt in Marzlah.
Stekrade. Abends 6.30 Uhr bei Landscheid, Holtenstr. 1.
Samstag, den 17. Februar.
Bölscheide. Abends 8 Uhr bei Gennemann. Wichtiger Vortrag.
Berlin. Allgemeine Mitgliederversammlung jeden 3. Sonnabend im Monat.
Düsseldorf-Berath. Abends 9 Uhr bei Kampenischer, Mittelstr.
Düsseldorf-Bilk-Friedrichstadt. Abends 9 Uhr bei Mengwasser (Paar) Ede Bilkerallee und Kronenstraße.
Düsseldorf-Meuch. Abends 9 Uhr bei Fioh, Niederstraße.
Effen (Form- und Gießerarbeiter). Abends 8.30 bei Wint Alledorferstraße 299.
Effen-Steeler-Krab. Abends 8.30 Uhr bei E. Nabe, Marxenstr. 1.
Flensburg. Abends 8.30 Uhr bei E. Rosenb., Wörderstr.
Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr im Ganterbräu, Schiffstr. 7.
Föhrde. Abends 8.30 Uhr bei Witwe G. Brinker.
Hagen-Gilpe. Abends 8.30 Uhr bei Witwe Keller. Wichtige Tagesordnung.
Hamburg. Abends 9 Uhr bei Schröder Talstr. 97.
Köln-Deis. Abends 9 Uhr „Zur Krone“, Freiheitstr.
Milspe. Abends 8.30 Uhr bei Ed. Rosenb., Wörderstr.
Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen König.
Stuttgarter-Cannstadt. Abends 8.30 Uhr im Lokale „Alter Gaje“.
Sonntag, den 18. Februar.
Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr im „Nöten Sahn“, Grünhägerstraße.
Düsseldorf-Fingern. Vorm. 11 Uhr bei Schmalbauch, Ede Birken- und Müllrathstraße.
Düsseldorf-Erkrath. Bezirksversammlung, vorm. 11 Uhr.
Hagen-Wehringhausen. Morgens punkt 11 Uhr bei Fr. Simon Wichtige Tagesordnung.
Hagen-Altenhagen. Morgens punkt 11 Uhr bei Steinhaus. Wichtige Tagesordnung.
Straubing. Generalvers., vorm. 10 Uhr im Münchner Hof. Ref.: Kollege Wagner.
Troisdorf. Generalvers., morgens 10.30 Uhr bei Goseberg, früher Oberheid. Ref.: Kollege Buhmann.

Parzefall Alois,

Schleifer aus Hainsbach, Niederbayern, wird von seinem Bruder um Angabe einer Adresse ersucht. Kollegen, welche den Namenhalt des Gesuchten kennen, werden ebenfalls um Übermittlung von dessen Adresse gebeten an: Faber Parzefall in Kempten (Allgäu), Fürstenstr. C. 38.